



## **Gemeinderatswahl Graz 2026 - Die Zukunft der Stadt im Gespräch**

### **Positionen der Parteien**

**Graz steht vor großen Herausforderungen: Bevölkerungswachstum, Klimawandel, steigender Druck auf Flächen und Infrastruktur sowie der Bedarf an leistbarem Wohnen, qualitätsvollen öffentlichen Räumen und nachhaltiger Mobilität erfordern ein Umdenken in Stadtplanung und Stadtentwicklung.**

**Anlässlich der Grazer Gemeinderatswahlen 2026 hat die Kammer der Ziviltechniker:innen für Steiermark und Kärnten daher derzeit im Grazer Gemeinderat vertretene Parteien eingeladen, zu zentralen Zukunftsfragen der Stadtentwicklung Stellung zu nehmen und ihre Strategien sowie Lösungsansätze darzulegen.**

**Die Antworten der Parteien zu den jeweiligen Fragen finden Sie unten angeführt:**

#### **1) Lebensqualität und öffentlicher Raums**

Die Lebensqualität in Graz ist ein zentraler Standortfaktor und gewinnt angesichts von Wachstum, Nachverdichtung und sich wandelnden Ansprüchen an den städtischen Raum zunehmend an Bedeutung. Öffentliche Räume, qualitätsvolle Freiräume und lebendige Quartiere tragen wesentlich zur Attraktivität der Stadt bei. Eine verstärkte Integration von Freiraumgestaltung, Mobilität und sozialer Infrastruktur ist erforderlich, um qualitätsvolle und funktionierende Stadträume zu erhalten und weiterzuentwickeln. Am Beispiel der Grazer Innenstadt zeigt sich, dass in zentralen Bereichen zunehmende Leerstände und strukturelle Veränderungen sichtbar werden. Dies wirft zusätzlich die Frage auf, wie die Funktionsvielfalt und Nutzung der Innenstadt langfristig gesichert werden können.

***Frage 1: Welche Maßnahmen setzen Sie, um die Qualität öffentlicher Räume weiterzuentwickeln und insbesondere die Aufenthaltsqualität sowie die Belebung von Innenstadt und Quartieren nachhaltig zu stärken?***

#### KPÖ

Mit der Neuauflage der Baumschutzverordnung haben wir die Motivation erhöht, alten Baumbestand zu erhalten. Stadtbäume sind für das Klima immens wichtig. Ihre großen Kronen bieten Schatten und durch die Verdunstung sorgen sie für zusätzliche Abkühlung. Das ist angesichts der zunehmenden Zahl an Hitzetagen aufgrund des Klimawandels ein großer Beitrag zur Steigerung der Aufenthaltsqualität.

Blühwiesen, wie sie in dieser Regierungsperiode an sehr vielen Stellen im Stadtgebiet angelegt wurden, haben nicht nur ökologischen Mehrwert, sondern steigern auch die

Aufenthaltsqualität für die Menschen – insbesondere wenn sie in Verbindung mit einer der zahlreichen Gehsteigverbreiterungen stehen.

Seit vielen Jahren unterstützen wir mit der Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“ aus Parteimitteln das Aufstellen von Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum. Dabei können Bürger:innen ihre Wünsche entweder an uns oder an die Holding Graz äußern – und wo technisch möglich, werden diese Bänke aufgestellt. Die Bänke sind bewusst nicht mit einem Parteilogo o.ä. markiert, da diese Aktion keine Parteiwerbung ist, sondern aus echtem Interesse für die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums ins Leben gerufen wurde.

Das Gesundheitsamt unterstützt das Modellprojekt „Healthy Streets“, das darauf abzielt, den Straßenraum für alle Menschen – auch für Menschen mit körperlichen Einschränkungen – besser nutzbar zu machen. Von Gehsteigabsenkungen über Leitsysteme reichen die Maßnahmen bis hin zu stärkerer Begrünung. Von so sicheren Räumen profitieren alle Menschen.

Mit der Stärkung der Stadtteilzentren sorgen wir dafür, dass das soziale Leben gestärkt und die Gemeinschaft in den Grätzeln gestärkt wird.

### ÖVP

Die Grazer Volkspartei setzt auf eine aktive Stadtgestaltung, die Aufenthaltsqualität, Sicherheit und Nutzungsmischung miteinander verbindet. Öffentliche Räume sollen wieder stärker Orte des Zusammenkommens werden. Dazu gehören die Attraktivierung zentraler Plätze – etwa des Andreas-Hofer-Platzes –, neue Freizeitangebote entlang der Mur sowie eine konsequente Belebung der Innenstadt durch bessere Rahmenbedingungen für Gastronomie, Handel und Veranstaltungen. Gleichzeitig braucht es mehr Sicherheit, Sauberkeit und Beleuchtung im öffentlichen Raum sowie eine bessere Pflege von Parks und Plätzen.

### Die GRÜNEN

Die Qualität öffentlicher Räume entscheidet darüber, ob eine Stadt im Alltag funktioniert. Deshalb investieren wir gezielt in Begrünung, Schatten, sichere Wege, neue Parks und attraktive Plätze in allen Bezirken. In den vergangenen Jahren wurden über 14 neue öffentliche Parks geschaffen, 12.000 m<sup>2</sup> Blühweiden und Staudenbeete, über 3.000 neue Bäume gepflanzt und zahlreiche Plätze und Straßen neu gestaltet.

Unser Ziel ist die „Stadt der kurzen Wege“: lebendige Quartiere mit Nahversorgung, Gastronomie, Aufenthaltsqualität, Kultur und guter Öffi-Anbindung. Sowohl die Innenstadt als auch die Bezirke brauchen noch mehr Aufenthaltsqualität statt mehr Durchzugsverkehr. Deshalb setzen wir auf attraktive Erdgeschoßzonen, konsumfreie Aufenthaltsräume, Begrünung, sichere Fußwege und bessere Erreichbarkeit mit Öffis und Rad.

Wichtig ist dabei die enge Einbindung der Bevölkerung. Gute öffentliche Räume entstehen nicht über die Menschen hinweg, sondern gemeinsam mit ihnen.

### SPÖ

Die qualitätsvolle Nachverdichtung im Sinne nachhaltigen Bauens im Bestand und Transformation von vorhandenen Strukturen und Leerständen stellen mittlerweile international anerkannte und wissenschaftlich fundierte Instrumentarien zur sanften und in eine ressourcenschonende Zukunft gerichtete Form der Stadtentwicklung dar (Stichwörter: Planetare Grenzen, Bauwende). Diese Form der sanften Stadtentwicklung respektiert die vorhandenen Stadträume, erhält gleichzeitig vorhandene Qualitäten und schärft dort mit

Maß und Ziel nach, wo es sozial, räumlich und umweltbezogen notwendig ist. Die Nutzer\*innen und deren Bedürfnisse werden in hohem Maße respektiert und eine neue Art der Stadtplanung wird etabliert.

### KFG

Wir benötigen verbindliche, transparente Partizipationsprozesse, bei denen die Anwohner von Anfang an mitbestimmen, wie Freiräume genutzt werden. Es geht uns um echte Bürgerbeteiligungsprozesse, wobei die Umgebung und Auswirkungen für die Allgemeinheit stets mitgedacht werden muss. Um die Funktionsvielfalt der Innenstadt langfristig zu sichern, müssen kleinstrukturierte, lokale Betriebe und Start-ups durch faire Mietmodelle und Bürokratieabbau unterstützt werden.

### NEOS

Indem wir klar sagen: Graz braucht weniger Herumeiern und mehr Mut. Eine lebendige Innenstadt entsteht nicht durch einzelne Prestigeprojekte, sondern durch mehr Aufenthaltsqualität, mehr Frequenz und eine klare Strategie. Die Grazer Innenstadt muss als größtes Einkaufszentrum der Steiermark gedacht werden – aber mit urbaner Lebensqualität und einer starken Nutzungsmischung.

Dafür braucht es mehr Grün, Schatten und Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum – etwa durch die Umsetzung der Stadtallee vom Hauptbahnhof bis ins Zentrum. Gleichzeitig wollen wir Erdgeschoßzonen stärken, Leerstände reduzieren und öffentliche Räume flexibler nutzbar machen.

Nach Jahren der reinen Quartiersentwicklung braucht Graz aber auch eine gesamtheitliche Stadtplanung. Was Graz fehlt, ist ein Gesamtkonzept für die Stadtentwicklung. Wo wollen wir hin? Wie gehen wir mit rasantem Bevölkerungswachstum um. Wie soll ein modernes, lebenswertes und wirtschaftlich attraktives Graz der Zukunft aussehen?

### FPÖ

Die FPÖ Graz setzt auf eine Belebungsstrategie, die wirtschaftliche Attraktivität, Sicherheit und städtebauliche Qualität verknüpft. Leerstände in der Innenstadt entstehen nicht von selbst – sie sind direkte Folge einer autofeindlichen Verkehrspolitik, die Erreichbarkeit einschränkt, sowie überbordender Regulierungen, die Unternehmen belasten. Wir wollen diese Fehlentwicklungen umkehren.

Konkret setzen wir auf:

- Reduktion bürokratischer Hürden für Gastgewerbe und Einzelhandel (Verlängerung von Gastgartenzeiten, Vereinfachung der Nutzungsgenehmigungen für Außenflächen)
- Autofreundliche Erreichbarkeit der Innenstadt: keine weiteren Parkplatzvernichtungen, Ausbau des Parkleitsystems und unterirdischer Parklösungen, um Suchverkehr zu reduzieren
- Regelmäßige Belebungsveranstaltungen auf zentralen Plätzen (Märkte, Kulturevents) zur Steigerung der Frequenz
- Sanierung und Aufwertung bestehender Freiräume mit Fokus auf Nutzbarkeit und Aufenthaltsqualität – ohne ideologisch motivierte Umgestaltungen auf Kosten der Steuerzahler
- Stärkung der Bezirks- und Stadtteilzentren durch gezielte Nahversorgungsförderung und Standortunterstützung für lokale Betriebe

**Frage 2: Wie kann es gelingen, Stadtentwicklung in Graz künftig noch stärker integrativ und ressortübergreifend zu gestalten – insbesondere durch die frühzeitige Verknüpfung von Bebauungsplanung, Freiraum, Mobilität und sozialer Infrastruktur?**

KPÖ

Bereits ist es gelebte Praxis, dass bei Verkehrs- und Bauprojekten die städtischen Abteilungen z.B. für Verkehrsplanung, Stadtplanung, Bau- und Anlagenbehörde und Grünraum zusammen arbeiten. Darüber hinaus auch die Abteilungen der Holding. Das führt dazu, dass weniger Baustellen nötig sind, wenn etwa nötige Kanalarbeiten mit der Sanierung eines Gehsteigs gekoppelt wird – neben dem dann nicht selten eine Blühwiese entsteht und eine Bank aufgestellt wird. Dieses ressortübergreifende Arbeiten haben wir immer gefordert und in der politischen Zuständigkeit für die entsprechenden Ämter gefördert.

ÖVP

Stadtentwicklung darf nicht isoliert in einzelnen Ressorts stattfinden. Die Grazer Volkspartei möchte Planungsprozesse stärker koordinieren und bereits früh Bebauung, Freiraumplanung, Verkehr und soziale Infrastruktur gemeinsam denken. Neue Quartiere müssen von Beginn an mit Kinderbetreuung, Schulen, Grünräumen und guter Verkehrsanbindung geplant werden. Gleichzeitig sollen Bezirke und Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in Planungsprozesse eingebunden werden. Zentral ist aus unserer Sicht auch ein rascheres Behördenverfahren. Hier gilt es dringend, Zeit zu gewinnen.

Die GRÜNEN

Stadtentwicklung darf nicht isoliert gedacht werden. Neue Quartiere funktionieren nur dann gut, wenn Mobilität, Freiraum, Kinderbetreuung, Schulen, Energieversorgung und soziale Infrastruktur von Beginn an gemeinsam geplant werden.

Durch die Zusammenführung der zentralen Planungsagenden in einem Ressort ist es in Graz erstmals gelungen, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Freiraumgestaltung und große Teile der Infrastrukturentwicklung deutlich enger miteinander zu verzahnen. Heute sitzen bei regelmäßigen Projektrunden alle relevanten Fachbereiche gemeinsam an einem Tisch, um Projekte frühzeitig abzustimmen und Synergien zu nutzen.

Gerade Projekte wie die Neugestaltung des Neutorviertel oder des Griesplatzes zeigen, wie wichtig diese integrierte Herangehensweise ist. Der Mobilitätsplan 2040, der Grundsatzbeschluss zur klimaorientierten Stadtentwicklung und das Stadtentwicklungskonzept geben dafür die strategische Grundlage vor. Gleichzeitig wollen wir die Bürger:innenbeteiligung weiter stärken, damit Anrainer:innen, Wirtschaft und Fachleute frühzeitig eingebunden werden.

SPÖ

Um Stadtentwicklung in Graz künftig noch integrativer und ressortübergreifend zu gestalten, braucht es eine frühzeitige und enge Verzahnung unterschiedlicher Planungsbereiche. Dazu zählen insbesondere die Bebauungsplanung, Bauansuchen, der Altstadtschutz – etwa durch ASVK und GAEG als Zuständigkeiten des Landes –, der Denkmalschutz auf Bundesebene sowie die Freiraumplanung. Gerade letztere vereint zahlreiche Funktionen: Aufenthaltsqualität, Mobilität, Grünraumgestaltung und die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung des städtischen Lebens durch die Grazerinnen und Grazer. Für die SPÖ Graz

steht dabei nicht ein Gegeneinander von Verkehrs- und Grünraumplanung im Vordergrund, sondern ein ausgewogenes und gelebtes Miteinander aller

Nutzer\*innengruppen. Ziel ist es, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen, gegenseitige Rücksichtnahme zu fördern und öffentliche Räume so zu gestalten, dass sie vielfältig nutzbar und für alle zugänglich sind. Eine zentrale Rolle spielt dabei eine kompetente und vorausschauende Stadtplanung – sowohl innerhalb der Verwaltung, insbesondere durch das Stadtplanungsamt, als auch durch transparente Beteiligungsprozesse und die Einbindung externer Expert\*innen.

### KFG

Wir brauchen eine verbindliche, interdisziplinäre Arbeitsgruppe für Stadtentwicklung in der alle relevanten Ressorts (Planung, Verkehr, Grünraum, Soziales) verpflichtend in regelmäßigem Austausch an einem Tisch sitzen. Zudem braucht es einen klaren Bürokratieabbau – interne Prozesse dauern einfach zu lange.

### NEOS

Graz braucht Stadtentwicklung mit Plan, statt sie weiter dem Zufall zu überlassen. Infrastruktur darf nicht erst Jahre später nachgereicht werden, sondern muss von Anfang an mitgeplant werden – insbesondere Verkehr, Kinderbetreuung, Schulen, Grünräume und Öffi-Anbindung.

Gerade beim Stadion sieht man aktuell das Problem: Alle sprechen davon, dass Verkehrsmaßnahmen notwendig sind, aber niemand denkt frühzeitig mit, wie diese konkret aussehen sollen. Genau dieses politische Stückwerk wollen wir überwinden.

Unser Ziel ist der beste Kindergarten gleich ums Eck – mit einer Fixplatzgarantie bis 2030. Stadtentwicklung muss sich endlich stärker am Alltag der Menschen orientieren.

Dafür braucht es auch den Mut, über politische Wahlperioden hinauszudenken und gewohnte Muster zu durchbrechen. Graz wächst rasant. Deshalb müssen Bebauungsplanung, Mobilität, Freiraum und soziale Infrastruktur endlich gemeinsam gedacht werden.

### FPÖ

Integrierte Stadtentwicklung erfordert zunächst eine funktionierende, ressortübergreifende Verwaltungskoordination – die in Graz derzeit erhebliche Defizite aufweist. Widersprüchliche Anforderungen verschiedener Abteilungen in Bauverfahren sind symptomatisch für fehlende interne Abstimmung.

Die FPÖ Graz tritt für folgende Maßnahmen ein:

- Einrichtung eines verbindlichen Stadtentwicklungskordinators, der ressortübergreifende Projekte von Beginn an abstimmt
- Verpflichtende gemeinsame Vorabprüfung aller wesentlichen Bauvorhaben durch Vertreter von Verkehrsplanung, Grünraumplanung, Sozialinfrastruktur und Bebauungsplanung – analog zu einer 'Phase 0'
- Verbindliche Einbeziehung der betroffenen Anrainer sowie der Bevölkerung bei größeren Stadtentwicklungsprojekten
- Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts und des räumlichen Leitbilds als gesamtstrategische Grundlage, an der sich Einzelentscheidungen zu orientieren haben

## 2. Stadtentwicklung und Bebauungsplanung

Die Praxis der Stadtentwicklung und Bebauungsplanung in Graz wird vielfach diskutiert. Dabei stellt sich unter anderem die Frage, inwieweit Entscheidungen ausreichend strategisch ausgerichtet sind und wie stark sie sich an übergeordneten Zielsetzungen wie Stadtklima, Baukultur, Freiraumqualität, Bodenpolitik und langfristiger Siedlungsentwicklung orientieren. Gleichzeitig steigt der Druck auf Grünräume und gewachsene Quartiere.

***Frage 1: Wie kann es gelingen, Stadtentwicklung und Bebauungsplanung in Graz strategisch, vorausschauend und gemeinwohlorientiert zu steuern, sodass nicht auf Einzelprojekte reagiert wird, sondern diese in eine klare gesamtstädtische Entwicklungsstrategie eingebettet sind?***

### KPÖ

Wir haben uns stark für eine Ausweitung der Bebauungsplanungsplanpflicht eingesetzt, die nun auch im ersten Schritt umgesetzt wurde. Denn nur in bebauungsplanpflichtigen Gebieten kann entsprechend einer sinnvoll strukturierten und Bewohner:innenfreundlichen durch die Stadt gesteuert werden.

Mit möglichst großflächig angelegten Bebauungsplänen kann gesichert werden, dass nicht nur einzelne Grundstücke sondern oft ganze Quartiere in die Planung mit einbezogen werden können. So können mögliche Abtretungen für Grün- oder Verkehrsflächen und Spielplätze besser geplant und gesichert werden.

Rahmenpläne ermöglichen es, größere Gebiete so zu strukturieren, dass strukturiert und sinnvoll geplant werden kann, um möglichst viele zusammenhängende Grün- und Freiflächen sowie angemessene Durchwegung und Nahversorgung herstellen zu können. Rahmenpläne wurden etwa für das Gebiet der Rösselmühle beschlossen und sind für das große Gebiet um die Gradnerstraße in Ausarbeitung.

### ÖVP

Graz braucht wieder eine klare gesamtstädtische Strategie. Die Grazer Volkspartei fordert daher die rasche Erarbeitung eines neuen Stadtentwicklungskonzepts (STEK 5.0) sowie eines neuen Flächenwidmungsplans, die auch gesetzlich vorgeschrieben sind. Derzeit erleben wir hier keine Vorbereitung der amtierenden Koalition. Hinzu kommt, dass wir derzeit einen Fleckerlteppich bzw. Stückwerk vorfinden, das zu einer massiven Unklarheit und Unsicherheit führt, was derzeit wirklich gilt. Kooperative Verfahren, insbesondere bei größeren Bauprojekten, müssen gestärkt werden. Ziel muss es sein, eine langfristige Entwicklungsperspektive zu schaffen, die Baukultur, Grünräume und wirtschaftliche Entwicklung gleichermaßen berücksichtigt.

### Die GRÜNEN

Graz wächst stark. Deshalb braucht es klare strategische Leitlinien statt Einzelentscheidungen ohne Gesamtbild.

Wir haben in den letzten Jahren begonnen, Klimaschutz und Klimawandelanpassung systematisch in die Stadtplanung zu integrieren, damit die Menschen auch noch in 5, 10 und 20 Jahren gut und gerne hier leben können.

Mit dem Grundsatzbeschluss zur klimaorientierten Stadtentwicklung, der Änderung des Stadtentwicklungskonzepts, des Räumlichen Leitbilds und dem Mobilitätsplan 2040 wurden bereits wichtige Grundlagen geschaffen.

Die in den nächsten Jahren anstehenden Revisionen von STEK und FLÄWI schaffen Möglichkeiten, Klimaschutz, Klimawandelanpassung und Bodenschutz noch konsequenter zu verankern. Dafür ist ein Schulterschluss von Politik, Verwaltung, Fachwelt und Bürger:innen nötig. Denn eine spürbar bessere Stadt entsteht nicht nur auf dem Papier, sondern gemeinsam mit den Menschen, die in ihr leben.

Entscheidend ist, dass neue Projekte künftig noch stärker an verbindlichen Qualitätskriterien gemessen werden: Freiraumqualität, Klimawandelanpassung, Mobilitätsanbindung, soziale Infrastruktur und Nutzungsmischung müssen selbstverständlich mitgedacht werden.

### SPÖ

Die Stadt ist für die SPÖ Graz lebendiger Organismus, der durch vielfältige Interessen, Gewohnheiten, Lebensrealitäten und täglichen Sorgen, Nöten, aber auch – und nicht zuletzt – Freuden und Verwirklichung der Lebenswege besteht.

Die Stadtentwicklung und Bebauungsplanung können also nur ein auf das Gemeinwohl für heute und für die kommenden Generationen gedacht und gelebt werden, und diese – trocken gesagt – Instrumentarien müssen auf dem aufbauen, was da ist. Die Vergangenheit und die Gegenwart zu respektieren und über parteipolitische Grenzen hinweg sind die besten Instrumente integrativ und pluralistisch wirksam. Dies gilt es für eine funktionierende und menschengerechte Stadtentwicklung zu etablieren. Wie in der Antwort auf Frage 2 des obigen Frageblocks dargestellt, kann es sich hierbei nur um ein Aufbrechen von Strukturen, ein Zusammenführen und Abwägen von Interessen der Bewohner\*innen und letztlich um eine Integration der Wirtschaft in einer Form handeln, die das Gemeinwohl respektiert und nicht aus reinem Eigennutz und überbordenden finanziellen Interessen besteht.

### KFG

Dies kann durch eine gesamtstädtische Entwicklungsstrategie statt der sturen und ideologisch getriebenen Verfolgung von Einzelprojekten gelingen. Es braucht die strikte Einhaltung und Weiterentwicklung des verbindlichen Stadtentwicklungskonzepts (STEK), das dem Gemeinwohl dient und ja auch im Gemeinderat eine entsprechende Mehrheit erhalten muss.

### NEOS

Für uns braucht Graz endlich mehr Transparenz, klare Spielregeln und eine gesamtstädtische Entwicklungsstrategie statt einer Politik, die von Einzelprojekt zu Einzelprojekt stolpert. Stadtentwicklung darf nicht länger von Zufällen oder parteipolitischen Interessen abhängen.

Deshalb fordern wir volle Transparenz bei großen Stadtentwicklungsprojekten – inklusive Eigentumshistorien, Umwidmungen und städtebaulichen Vereinbarungen. Gerade Projekte wie die Rösselmühle zeigen, woran es derzeit fehlt: echte Beteiligung, nachvollziehbare Entscheidungen und der Mut, Projekte gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu entwickeln.

Während die derzeitige Stadtregierung zunehmend auf Drüberfahrpolitik setzt, sehen wir NEOS unsere Aufgabe darin, Kontrolle auszuüben, Missstände aufzuzeigen und neue Ideen einzubringen. Graz braucht eine klare Gesamtstrategie, die Wohnen, Mobilität, Wirtschaft, Klima und Lebensqualität gemeinsam denkt – statt immer nur auf Einzelprojekte zu reagieren.

## FPÖ

Eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung muss in einem klaren, öffentlich diskutierten Leitbild verankert sein. Die FPÖ Graz tritt für eine grundlegende Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts, des Flächenwidmungsplans und des räumlichen Leitbilds ein. Einzelprojekte dürfen nicht losgelöst von einer Gesamtstrategie entschieden werden.

Wir befürworten:

- Eine gesamtstädtische Entwicklungsstrategie mit klaren Qualitätskriterien (Baukultur, Freiraumqualität, Verkehr), an der Einzelbauvorhaben gemessen werden
- Stärkung der Ortskerne und Bezirkszentren als Entwicklungsschwerpunkte – Wachstum von innen nach außen, in Übereinstimmung mit dem Steiermärkischen Raumordnungsgesetz und der steirischen Bodenstrategie
- Mehr Transparenz in Planungsprozessen: Entscheidungsgrundlagen für Widmungsänderungen und Bebauungsplanänderungen sollen öffentlich zugänglich und nachvollziehbar sein
- Stärkung der direkten Demokratie: Bei wesentlichen Stadtentwicklungsentscheidungen sollen Bürgerbefragungen oder Volksbegehren ermöglicht werden

***Frage 2: Welche Maßnahmen planen Sie, um eine aktive Bodenpolitik zu etablieren (z. B. strategischer Flächenankauf, Baulandmobilisierung, Konzeptvergaben statt Höchstpreisverfahren)?***

## KPÖ

Strategische Flächenankäufe sind für die konzipierte Planung und aktive Bodenpolitik immens wichtig. Sie sind uns so wichtig, dass sie trotz angespannter Budgetsituation immer wieder abgeschlossen werden. Beispiele dafür sind Ankäufe für eine Straßenbahntrasse in Richtung Gösting oder die Ausweichfläche beim Stadion.

Baulandmobilisierung dagegen ist nicht nötig. In den vergangenen Regierungsperioden wurden – vor allen Dingen in den 1990er Jahren) so viele ehemalige landwirtschaftliche Flächen innerhalb des Stadtgebietes umgewidmet ist, dass die für die Stadt nun schon ein Problem darstellen, infrastrukturell erschlossen zu werden.

Konzeptvergaben werden da gemacht, wo es möglich ist: beim Bau von Gemeindewohnungen. Dort in der Regel über eingeschränkte Wettbewerbsverfahren mit konkreten Vorgaben.

## ÖVP

Eine aktive Bodenpolitik ist notwendig, um leistbaren Wohnraum und ausreichend Grünflächen zu sichern. Dazu zählen strategische Flächenankäufe und ein Grundstückssicherungsfonds zur Sicherung von Grünraum. Grundsätzlich sollte natürlich bestehendes Bauland ausgenutzt werden, allerdings sehen wir eine aktive Baulandmobilisierung durchaus auch kritisch, da Eigentümer oftmals vor Jahrzehnten bewusst Grund in der Umgebung gekauft haben, um sich dort einen Garten anzulegen.

## Die GRÜNEN

Gerade beim Umgang mit Boden braucht es ein Umdenken. In den vergangenen Jahrzehnten wurde in Graz sehr viel Freiland in Bauland umgewidmet – oft weit über den tatsächlichen Bedarf hinaus. Die Folgen sehen wir heute: zunehmende Versiegelung, steigender Hitzedruck und hohe Infrastrukturkosten.

Für die kommenden Jahre stehen deshalb drei Punkte im Zentrum:

- weniger Versiegelung und ein sparsamer Umgang mit Boden,
- mehr Grünflächen und Bäume, damit sich die Stadt im Sommer weniger aufheizt,
- und ein stärkerer Fokus auf den Erhalt bestehender Gebäude – auch im Sinne der sogenannten „grauen Energie“, also jener Energie, die bereits im Bestand steckt.

Eine behutsame Bodenpolitik ist zentral, wenn Städte langfristig leistbar und lebenswert bleiben sollen. Deshalb unterstützen wir strategische Flächenankäufe, wo diese möglich sind.

Konzeptvergabeverfahren ähnlich den Wiener Bauträgerwettbewerben könnten in Graz derzeit in kleinem Rahmen im kommunalen Wohnbau dennoch durchaus attraktiv sein.

Eine wachsende Stadt braucht Wohnraum, Arbeits- und Freizeitorde genauso wie Nahrungsmittelversorgung, Naturraum und Biodiversität. Wir müssen auch daran denken, den nachkommenden Generationen nicht alle Spielräume zu verbauen.

## SPÖ

Ziel ist es, die Entwicklung der Stadt Graz nicht allein den Kräften des Marktes zu überlassen, sondern Boden als öffentliche und auf das Gemeinwohl ausgerichtete Ressource zu steuern und langfristig leistbar zu machen. Baulandmobilisierung dort, wo es ökologisch und gesellschaftlich vertretbar und notwendig ist, Transformation, sanftes Weiterbauen sowie Nachverdichtung und die strategischen Investitionen in Grün- und Freiraum sowie in nachhaltige Verkehrsinfrastruktur dort, wo die Stadt steuernd eingreifen kann.

## KFG

Vergabeverfahren sollen unserer Meinung nach, nach dem Bestbieter- und Konzeptprinzip (Qualität, Leistbarkeit, Nachhaltigkeit) stattfinden.

## NEOS

Stadtentwicklung bedeutet für uns nicht einfach nur neue Flächen zu verbauen, sondern Graz aktiv und mit Vision weiterzuentwickeln. Einerseits braucht es ausreichend Raum für Leitbetriebe und Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und in Graz wachsen wollen. Andererseits müssen Grünräume für die Naherholung der Grazerinnen und Grazer als auch für das Stadtklima konsequent geschützt werden.

Gerade deshalb braucht Graz endlich mutige Reformen wie einen echten Entsiegelungsmasterplan statt weiterer Trogerl-Symbolpolitik. Die Probleme sind seit Jahren bekannt, doch viele konkrete Vorschläge – etwa mehr Entsiegelung oder die Stadttallee – wurden bislang einfach abgeschmettert.

Aktive Bodenpolitik bedeutet für uns daher auch, vorhandene Flächen intelligenter zu nutzen, Nachverdichtung qualitativ umzusetzen und Stadtentwicklung langfristig zu denken. Graz darf nicht planlos weiterwachsen, sondern muss sich als lebenswerte Weltstadt im Kleinformat weiterentwickeln.

## FPÖ

Wir befürworten eine vorausschauende Bodenpolitik, die spekulativen Leerstand und Baulandhorte bekämpft, ohne dabei in unverhältnismäßige Eingriffe in das Eigentumsrecht zu verfallen. Im Einklang mit dem steirischen Regierungsprogramm setzen wir auf:

- Evaluierung der Vorbehaltsflächen für gemeinnützigen Wohnbau und deren strategische Ausweisung
- Baugebote für langfristig brachliegendes gewidmetes Bauland als letztes Mittel
- Konzeptvergaben statt reiner Höchstpreisverfahren bei städtischen Liegenschaften – mit Qualitätskriterien hinsichtlich Nutzungsmischung, Baukultur und Leistbarkeit
- Aktive Flächenpolitik durch die Stadt Graz im Sinne einer strategischen Liegenschaftsverwaltung, allerdings mit klarem Fokus auf Wirtschaftlichkeit

***Frage 3: Wie wollen Sie sicherstellen, dass Nachverdichtung nicht zu Qualitätsverlusten führt – insbesondere im Hinblick auf Überhitzung, fehlende Freiräume und soziale Segregation?***

## KPÖ

Für größere Bauprojekte werden Klima- und Windanalysen erstellt, so dass für optimale Beschattung und Belüftung des Gebietes gesorgt werden kann. Zur Sicherung von Grün- und Freiräumen siehe Bebauungspläne und Rahmenpläne.

Um soziale Segregation zu verhindern, bräuchte es eine Mietpreisbremse für den privaten Wohnungsmarkt.

## ÖVP

Eine qualitätsvolle Nachverdichtung braucht klare Regeln und eine konsequente Umsetzung. Neue Projekte müssen sich in Maßstab und Struktur in die bestehende Bebauung einfügen – kompakte „Schuhshachtel“-Bauten in gewachsenen Einfamilienhausgebieten sind zu vermeiden. Stadtentwicklung darf nicht am Reißbrett entstehen, sondern muss vom Bestand ausgehen und die Gegebenheiten vor Ort wie Dichte, Grünraum, Verkehr und Infrastruktur berücksichtigen. Gleichzeitig braucht es verbindliche Vorgaben im Planungsrecht, etwa zu Gebäudehöhen, Abständen und Grünflächen, um eine Überlastung der Quartiere zu verhindern. Vorrangig sollen bestehende Potenziale genutzt werden, etwa durch Dachgeschoßausbauten oder behutsame Erweiterungen, statt zusätzliche Flächen zu versiegeln. Entscheidend ist zudem die frühzeitige Einbindung der Anrainerinnen und Anrainer, um Qualität zu sichern und Akzeptanz zu schaffen.

## Die GRÜNEN

Nachverdichtung darf nicht bedeuten, dass Lebensqualität verloren geht. Deshalb haben wir mit dem Stadtentwicklungskonzept klare Standards für Begrünung, Entsiegelung, Freiraumqualität und Klimaanpassung gesetzt. Besonders wichtig ist dabei ein sparsamer Umgang mit Boden und Freiflächen. In einer wachsenden Stadt müssen bestehende Flächen effizient genutzt werden, gleichzeitig brauchen wir ausreichend Grünräume, Schatten und Aufenthaltsqualität. Genau diese Freiräume sind entscheidend, um die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen zu können.

Neue Projekte müssen ausreichend öffentliche Räume, Grünraum, Schatten, Aufenthaltsflächen und soziale Infrastruktur mitbringen. Gleichzeitig braucht es eine

ausgewogene Mischung unterschiedlicher Nutzungen, Wohnformen und Preissegmente, damit Quartiere sozial durchmischt bleiben.

Mit der Baumschutzverordnung, dem Grünflächenfaktor und der konsequenten Anwendung des Schwammstadt-Prinzips ist bereits viel gelungen. Diese Linie wollen wir fortsetzen.

### SPÖ

Auch hier gilt, dass die Verantwortung der Stadtpolitik in der nachhaltigen Steuerung der dafür in der Pflicht stehenden Verwaltung besteht (Stichwörter: Stadtplanungsamt, Bau- und Anlagenbehörde, ASVK & GAEG, Denkmalschutz). Nachverdichtung ist nicht gleichbedeutend mit zu hoher Bebauungsdichte, wenn die Instrumentarien dem von Anbeginn entgegensteuern und eine umweltgerechte und klimaverträgliche Bebauungsplanung nicht nur gefordert wird, sondern diese auch kritisch begleitet und laufend evaluiert wird, um nachteiligen Entwicklungen sofort entgegensteuern zu können. Öffentliche, halböffentliche und private Freiräume sind, in einem auf Vernunft basierendem Nutzungsmix, integraler Bestandteil der Stadt Graz und müssen und werden das bleiben. Die Durchlüftung der Stadt, die Vermeidung von Hitze-Hotspots, die Verhinderung eines überbordenden Verbrauchs von Wasser und weiteren natürlichen Ressourcen wird konzeptionell festgeschrieben und soll durch die laufend evaluiert werden.

### KFG

Für Nachverdichtung benötigen wir bei öffentlichen Gebäuden und Großprojekten Auflagen wie Mindestanteile an unversiegelten Grünflächen, verbindliche Fassadenbegrünungsvorgaben sowie der Erhalt öffentlicher Freiräume. Die Herausforderungen einer sozialen Durchmischung muss bei Großprojekten bereits von Beginn an mitgedacht werden, sodass nicht erst im Nachhinein darauf reagiert wird.

### NEOS

Nachverdichtung darf nicht bedeuten, dass Graz weiter überhitzt oder gewachsene Stadtteile ihre Lebensqualität verlieren. Viele Menschen erleben seit Jahrzehnten, dass Grünräume verschwinden, der Verkehr zunimmt und bestehende Infrastruktur nicht mehr mitwächst. Genau deshalb braucht es Stadtentwicklung mit Plan statt Zufall.

Wir setzen auf das Schwammstadtprinzip, mehr Entsiegelung, verbindliche Grünräume und bessere soziale Infrastruktur. Unser Ziel ist der beste Kindergarten gleich ums Eck – mit ausreichend Kinderbetreuungsplätzen, kurzen Wegen und lebenswerten Grätzeln.

Neue Stadtteile dürfen keine Schlafviertel werden. Wohnen, Nahversorgung, Freiraum, Kinderbetreuung und Mobilität müssen gemeinsam gedacht werden. Gleichzeitig muss der Durchzugsverkehr aus Wohngebieten herausgeholt werden, damit Lebensqualität nicht weiter verloren geht.

Unser Ziel ist eine kompakte Stadt mit hoher Lebensqualität – nicht Betonpolitik ohne Plan.

### FPÖ

Nachverdichtung ist grundsätzlich dem Flächenverbrauch am Stadtrand vorzuziehen. Sie muss jedoch qualitativ erfolgen. Die FPÖ Graz lehnt eine Nachverdichtung ab, die bestehende Grünräume, Freiflächen und die Identität gewachsener Quartiere zerstört.

- Erhalt wertvoller Baumbestände und Schutz bestehender Grünkorridore als Planungsvoraussetzung
- Sanierungsoffensive statt Abbruch und Neubau: Erhalt und Weiterentwicklung der bestehenden Bausubstanz hat Vorrang
- Soziale Verträglichkeitsprüfung bei größeren Nachverdichtungsvorhaben Frage

**Frage 4: Welche Maßnahmen planen Sie, um die Entwicklung von Stadtteil- und Bezirkszentren gezielt zu fördern – insbesondere im Hinblick auf Nutzungsmischung, Nahversorgung, Erreichbarkeit (Stadt der kurzen Wege) und Aufenthaltsqualität?**

KPÖ

Dort, wo wir es in bestehenden Gebieten fördern konnten, haben wir Bezirkszentren gestärkt – und damit auch den sozialen Zusammenhalt der örtlichen Bevölkerung. Im Stadtteil Reininghaus etwa ist neben dem Park ein attraktiver Platz entstanden, auf dem regelmäßig der Bauernmarkt stattfindet – ein wichtiges Element der Nahversorgung und zusätzlich Treffpunkt für die Nachbarschaft.

In neuen Stadtteilen achten wir darauf, dass sie in Mischnutzung (Wohnen und Handel) entstehen müssen. Denn Erdgeschossflächen sind nicht nur keine angenehmen Wohnflächen. Vielfältig genutzt ermöglichen sie es den Bewohner:innen, ihre Einkäufe quasi vor der Haustüre zu erledigen. Ein wichtiger Punkt für die Stadt der kurzen Wege. Weitere Einkäufe und andere Erledigungen sollen idealerweise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erledigen sein, welche in neuen Stadtteilen attraktiv mitgeplant werden.

ÖVP

Die gezielte Entwicklung von Stadtteil- und Bezirkszentren ist grundsätzlich ein zentrales Ziel moderner Stadtplanung. Nutzungsmischung, funktionierende Nahversorgung, gute Erreichbarkeit und hohe Aufenthaltsqualität müssen bei künftigen Projekten von Beginn an mitgedacht und verbindlich eingeplant werden. Das bedeutet konkret: Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeitangebote sollen sinnvoll kombiniert werden, um Wege zu verkürzen und lebendige Zentren zu schaffen.

Gleichzeitig ist klar, dass eine „Stadt der kurzen Wege“ nur dann funktioniert, wenn die Erreichbarkeit tatsächlich gewährleistet ist – für alle Verkehrsträger. Zentren müssen sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch individuell gut erreichbar sein, damit sie ihre Funktion als Versorgungs- und Begegnungsorte erfüllen können.

Was wir derzeit in Graz erleben, zeigt jedoch, dass dieses Gleichgewicht aus der Balance geraten kann. Wenn Verkehrsmaßnahmen dazu führen, dass Umwege entstehen, Verbindungen unterbrochen werden oder sich Staus verlagern, dann entsteht nicht automatisch eine Stadt der kurzen Wege, sondern im Gegenteil eine Stadt der längeren Wege und erhöhten Belastungen.

Die GRÜNEN

Wir setzen auf starke, lebendige Bezirkszentren. Unser Ziel ist, dass möglichst viele Alltagswege kurz und bequem erledigt werden können.

Deshalb investieren wir gezielt in Grätzelpätze, sichere Fuß- und Radwege, bessere Öffi-Anbindungen und attraktive öffentliche Räume. Bezirkszentren sollen Orte sein, an denen Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung, Freizeit und Begegnung zusammenkommen.

Projekte wie der Tummelplatz, der Griesplatz oder die Aufwertung bestehender Ortskerne in den Bezirken zeigen, wohin sich Graz entwickeln soll: mehr Aufenthaltsqualität, mehr Begrünung und weniger Dominanz des Durchzugsverkehrs.

### SPÖ

Stadtteilzentren und Bezirkszentren wieder in die Lebensrealität der Menschen zu integrieren und in jedem Bezirk ein solches zu etablieren ist eine gleichzeitige Forderung der SPÖ Graz mit der Entwicklung und Realisierung eines Gesundheitszentrums (PVE) in jedem Bezirk. Der Gesundheitsnotstand in der Stadt Graz liegt an mangelnder Versorgung mit ausreichenden Kassenärzt\*innen einerseits und an den nicht vorhandenen baulichen Infrastrukturen für Stadtteil- und Bezirkszentren, trotz eines hohen Anteils an Leerständen, andererseits. Dies ist eine zentrale Forderung der SPÖ Graz und ihrer Spitzenkandidatin Doris Kampus und zeigt die soziale und integrative Politik der SPÖ Graz.

### KFG

Es braucht eine gezielte Ansiedlung von Nahversorgern und medizinischer Infrastruktur direkt in den Bezirken bzw. Bezirkszentren. In jenen Bezirken, wo es keinen eigenen Ortskern gibt, muss ein solcher für die Bevölkerung geschaffen werden. Zudem muss für öffentliche Plätze die Aufenthaltsqualität spürbar zu erhöht werden, ohne dabei millionenschwere Fehlplanungen – Beispiel Griesplatz – zu verfolgen.

### NEOS

Nach Jahren der reinen Quartiersentwicklung braucht Graz neben einer ganzheitlicheren Stadtplanung endlich auch wieder echte Grätzelerwicklung. Bezirkszentren müssen wieder Orte der Begegnung, Nahversorgung und Aufenthaltsqualität werden.

Dafür wollen wir die Bezirke und ihre Mitsprachemöglichkeiten gezielt stärken. Wir schlagen deshalb die Direktwahl der Bezirksvorsteher:innen vor und ersetzen die Bezirksräte durch halbjährliche Bürger:innenversammlungen in den Bezirken.

Damit reduzieren wir die Anzahl der Grazer Politiker:innen von 245 auf nur noch 65 – das bedeutet weniger Parteipolitik bei gleichzeitig mehr Demokratie und Mitbestimmung. Probleme und Entwicklungspotenziale können so frühzeitig gemeinsam mit der Bevölkerung besprochen werden, statt sie in kaum besuchten Bezirksratssitzungen einfach abzunicken.

### FPÖ

Die Stadt der kurzen Wege ist ein zentrales Ziel einer nachhaltigen und lebensqualitätsfördernden Stadtentwicklung. Bezirkszentren müssen als eigenständige Versorgungsknoten gestärkt werden.

- Standortförderung und Prämien für Betriebsgründungen und -übernahmen in Bezirkszentren (analog zu niederösterreichischen Modellen)
- Nutzungsmischung durch entsprechende Bebauungsplanfestsetzungen – Erdgeschoßzonen für Nahversorgung, Dienstleistungen und Gewerbe
- Sicherung der Erreichbarkeit der Bezirkszentren für alle Verkehrsmittel, insbesondere für den motorisierten Individualverkehr und den öffentlichen Verkehr

- Aufwertung der Aufenthaltsqualität z.B. durch sichere öffentliche Beleuchtung

**Frage 5: Wie stehen Sie zu dem Vorschlag der ZT Kammer, ein interdisziplinäres Stadtentwicklungsdialogforum mit dem Ziel einzurichten, Modelle für eine zukunftsweisende stadträumliche Entwicklung von Graz und Graz-Umgebung zu diskutieren?**

#### KPÖ

Wir sehen das positiv. Denn je mehr Vorschläge und Ideen von Expert:innen eingebracht werden, desto fortschrittlicher kann sich die Stadtplanung entwickeln.

#### ÖVP

Der Vorschlag der ZT Kammer wird klar begrüßt. Ein interdisziplinäres Stadtentwicklungsdialogforum kann ein wichtiger Schritt sein, um die räumliche Entwicklung von Graz und dem Umland besser aufeinander abzustimmen.

Zentral ist dabei der überregionale Blick: Stadtentwicklung endet nicht an der Stadtgrenze. Gerade im Hinblick auf große Infrastrukturprojekte wie die Koralmbahn braucht es ein gemeinsames Denken über den gesamten Wirtschafts- und Lebensraum hinweg. Neue Verbindungen schaffen neue Chancen – etwa für Betriebsansiedelungen entlang von Infrastrukturschneisen –, die nur dann optimal genutzt werden können, wenn Stadt und Umland koordiniert handeln.

In diesem Zusammenhang wurde im Gemeinderat von uns bereits mehrfach angeregt, stärker auf interkommunale Kooperation zu setzen. Dazu zählen etwa Modelle für gemeinsame Betriebsansiedelungen, die Nutzung geeigneter Flächen über Gemeindegrenzen hinweg sowie Überlegungen zur fairen Aufteilung der Kommunalsteuer, um Konkurrenzsituationen zu vermeiden und stattdessen gemeinsame Entwicklung zu ermöglichen.

#### Die GRÜNEN

Wir halten ein solches Dialogforum für sinnvoll. Die Herausforderungen der Stadtentwicklung enden nicht an der Stadtgrenze. Das zeigt auch die gute Zusammenarbeit der Stadt Graz mit den Zentralraumgemeinden bei der Erstellung des Konzepts Stadtregion 2040. Fragen von Mobilität, Wohnen, Energieversorgung oder Freiraum müssen regional gedacht werden.

Gerade die Zusammenarbeit unterschiedlicher Wissensträger und Fachrichtungen ist entscheidend, um gute und langfristig tragfähige Lösungen zu entwickeln. Die Expertise von Ziviltechniker:innen kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten.

#### SPÖ

Auch diese Forderung steht in Übereinstimmung mit dem Programm und den Zielen der SPÖ Graz, um ein unabhängiges und interdisziplinäres Forum zu etablieren, welches an den notwendigen Weiterentwicklungen der städtischen Räume in ihrer umfassenden Vielfalt in Graz arbeitet, um diese als lebenswerte Orte und Stadträume in die Zukunft zu führen.

## KFG

Diesen Vorschlag der ZT-Kammer unterstützen wir voll und ganz. Ein solches Forum bringt dringend notwendige Transparenz, unabhängige Expertise und einen sachlichen Dialog abseits von Parteipolitik und Investorendruck in die Grazer Stadtplanung ein.

## NEOS

Die Idee finden wir gut und wir haben sie schon 2021 unterstützt. Gerade bei der Stadtentwicklung braucht Graz endlich mehr Menschen, die gemeinsam vorausdenken, statt immer nur auf das nächste Einzelprojekt zu reagieren.

Viele Probleme betreffen ja längst nicht mehr nur Graz allein. Ob Verkehr, Flächenverbrauch oder neue Stadtteile – das muss man gemeinsam mit Graz-Umgebung betrachten. Genau dafür kann so ein Dialogforum sinnvoll sein.

Wichtig ist uns aber, dass dort nicht nur geredet wird. Wenn Fachleute, Bürger:innen und verschiedene Interessensgruppen Zeit investieren und gemeinsam Ideen erarbeiten, dann müssen diese Vorschläge am Ende auch ernst genommen werden. Graz braucht weniger Herumeiern und mehr Mut, gute Ideen auch tatsächlich umzusetzen.

## FPÖ

Die FPÖ Graz steht einem solchen Forum grundsätzlich positiv gegenüber, sofern es ein echtes Beratungsgremium mit fachlicher Kompetenz ist und nicht zu einem weiteren bürokratischen Gremium ohne messbare Wirkung wird. Voraussetzungen sind:

- Klarer Auftrag und Einbindung der Ergebnisse in politische Entscheidungsprozesse
- Breite Zusammensetzung: Ziviltechniker, Raumplaner, Wirtschaftsvertreter, Bürgervertretungen und Vertreter der Umlandgemeinden
- Transparente Arbeitsweise mit öffentlich zugänglichen Ergebnissen
- Fokus auf konkrete Lösungsmodelle für die funktionale Stadtregion Graz-Umgebung, nicht nur auf innerstädtische Fragen

### 3. Mobilität

Hohe Verkehrsbelastung, stark steigende Pendlerströme aus dem Umland, unzureichende Alternativen zum motorisierten Individualverkehr sowie anhaltend hohe Feinstaubwerte prägen die Situation in Graz weiterhin – trotz zahlreicher Strategien und Mobilitätsplänen. Gleichzeitig verschärft sich der Konflikt um den öffentlichen Raum: Die Aufteilung zwischen Fußgänger:innen, Radverkehr, sonstigen nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer:innen und motorisiertem Verkehr führt zunehmend zu Nutzungskonflikten und Sicherheitsfragen, während eine faire und zukunftsfähige Verteilung des knappen Straßenraums angestrebt wird.

**Frage 1: Wie möchten Sie eine alltagstaugliche Mobilitätsstrategie umsetzen, die den motorisierten Individualverkehr reduziert und Umwelt- sowie Gesundheitsbelastungen messbar senkt – und welche konkreten Maßnahmen, Zielwerte (z. B. Modal Split) und restriktiven Instrumente setzen Sie dafür ein?**

#### KPÖ

Die Ziele und Maßnahmen sind im Mobilitätsplan 2040 erfasst, der nach umfangreichem Beteiligungsprozess Anfang 2025 beschlossen wurde. Das Ziel, den Anteil des Autoverkehrs im Verkehrssystem auf 20 % (von dzt. 37 %) zu senken, ist zugegeben sehr ambitioniert. Vorrang sollen Projekte, die schon länger in der Warteschleife sind wie z.B. der Griesplatz realisiert werden, zudem der weitere Ausbau des Straßenbahnnetzes und die schrittweise Umsetzung von 29 Verkehrsberuhigungsprojekten in den Bezirken. Nicht zu vergessen die Verkehrssicherheit vor allem der nicht geschützten Verkehrsteilnehmer:innen, die immer höchste Priorität haben muss.

#### ÖVP

Die Grazer Volkspartei verfolgt eine Verkehrspolitik für alle Verkehrsteilnehmer. Öffentlicher Verkehr, Radverkehr, Fußgänger und Individualverkehr müssen gemeinsam gedacht werden. Wir wollen den Ausbau der Straßenbahnlinien beschleunigen, die Taktung verbessern und langfristig auch einen S-Bahn-Tunnel vorantreiben. Gleichzeitig braucht es Park-&-Ride-Anlagen, ein Parkleitsystem und funktionierende Verkehrssteuerung, die einen echten Umstieg ermöglichen. Genau dieser überregionale Verkehr und der Umstieg vom MIV auf den städtischen ÖV wird derzeit überhaupt nicht mitgedacht.

#### Die GRÜNEN

Der Verkehr ist einer der größten Hebel für Lebensqualität, Gesundheit und Klimaschutz in einer wachsenden Stadt. Unser Ziel ist klar: Bis 2040 sollen 80 Prozent aller Wege in Graz mit Öffis, zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden.

Dafür investieren wir massiv in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, sichere Radwege und attraktive Fußwege. Mit der Neutorlinie, neuen Straßenbahnen, dem Mobilitätsplan 2040, der Radoffensive und der Vorbereitung der Linie 8 wurden wichtige Weichen gestellt.

Gleichzeitig braucht es eine faire Neuverteilung des öffentlichen Raums. Straßenraum ist begrenzt. Deshalb müssen jene Mobilitätsformen priorisiert werden, die platzsparend, klimafreundlich und alltagstauglich sind. Damit steht mehr Raum für diejenigen zur Verfügung, die auf ein Auto angewiesen sind.

## SPÖ

Die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs ist dabei zwar gesellschaftlich breit anerkannt, zugleich aber ein Thema, das in der Bevölkerung unterschiedlich bewertet wird und daher mit Augenmaß umgesetzt werden muss.

Dabei geht es nicht nur um den fließenden Verkehr, sondern auch um den ruhenden Verkehr und damit um die Frage des Parkens in Graz. Um den Umstieg auf nachhaltige Mobilitätsformen zu erleichtern, braucht es einerseits den konsequenten Ausbau gemeinnütziger E-Mobilitätsangebote wie Carsharing- und E-Bike-Sharing-Modelle. Andererseits ist eine deutliche Senkung der Kosten im öffentlichen Nahverkehr innerhalb der Stadtgrenzen notwendig.

Die Leistbarkeit des öffentlichen Verkehrs – insbesondere für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen – muss ein zentrales Ziel der Stadtpolitik sein. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass die Innenstadt weiterhin gut erreichbar bleibt: für Kund:innen, Anrainer:innen sowie Menschen

mit eingeschränkter Mobilität. Eine erfolgreiche Mobilitätsstrategie verbindet daher ökologische Ziele mit sozialer Ausgewogenheit und praktischer Alltagstauglichkeit.

## KFG

Für uns ist klar, dass leistbares P&R-Anlagen gebaut bzw. ausgebaut werden müssen, es braucht ein Parkleitsystem als auch leistbare Hoch- und Tiefgaragen. Das heißt für uns, wenn Tiergaragenplätzen gleich oder sogar günstiger sind als in Parkzonen, werden die Menschen diese freiwillig nutzen und die Oberflächen können für die Menschen (Rad-/Fußwege, Begrünung etc.) entwickelt werden.

Zudem müssen wir den Fokus auf den konsequenten sowie kosteneffizienten Ausbau des bestehenden Straßenbahn- und Busnetzes legen. Der knappe öffentliche Raum muss transparent und ohne ideologisch geprägte Klientelpolitik verteilt werden, sodass kein Verkehrschaos wie in den letzten 5 Jahren unter der grünen Vizebürgermeisterin Schwentner mehr stattfindet.

## NEOS

Graz braucht eine pragmatische Verkehrspolitik statt ideologischer Grabenkämpfe. Unser Ziel ist eine Stadt, die vorankommt und nicht im Stau steht.

Dafür braucht es bessere Öffis, leistungsfähige Park-&-Ride-Anlagen, konsequente Verkehrslenkung und mutige Großprojekte wie den City-Tunnel. Wir NEOS haben bereits 2021 eine Variante für den City-Tunnel vorgestellt, die von Fachleuten als die beste Lösung bewertet wurde. Durch die Verlagerung des Verkehrs könnte damit auch der Öffi-Anteil in Graz massiv gesteigert werden – auf ein Niveau ähnlich wie in Wien mit rund 39 Prozent Modal Split.

Gleichzeitig muss Graz auch offener für neue Technologien und moderne Mobilitätsformen werden. Beispiele wie autonome Minibusse, die in Städten wie Hamburg bereits getestet werden, zeigen, wie man Außenbezirke und schlecht angebundene Stadtteile künftig besser mit den Öffis vernetzen kann.

Wichtig ist aber auch, den Schleichverkehr endlich aus den Wohngebieten herauszuholen.

## FPÖ

Die FPÖ Graz bekennt sich zu einer Mobilität nach dem Prinzip der freien Wahl des Verkehrsmittels. Verbote, Schikanen und ideologisch motivierte Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs lehnen wir ab – in Übereinstimmung mit dem steirischen Regierungsprogramm, das ausdrücklich festhält: 'Von Maßnahmen, die darauf abzielen, den motorisierten Individualverkehr aus ideologischen Gründen zu verlangsamen, zurückzudrängen oder weiter zu belasten, wird ausdrücklich abgesehen.'

Der aktuelle Modal Split in Graz zeigt, dass 63 % der Wege bereits zu Fuß, per Rad oder mit dem ÖV zurückgelegt werden (Mobilitätserhebung 2024). Weitere Verschiebungen sind durch attraktivere ÖV-Angebote erreichbar – aber jedenfalls nicht durch Restriktionen.

Unsere Maßnahmen:

- Ausbau des S-Bahn-Netzes mit kurzen Taktzeiten und guter Park-&-Ride-Anbindung als wirksamste Maßnahme zur Verbesserung des Pendlerverkehrs
- Leistbarkeit des öffentlichen Verkehrs: Günstigeres Einzelfahrtticket, keine weiteren Preiserhöhungen – Wien zeigt, dass ein attraktiver Preis die Nutzung erhöht
- Erarbeitung eines umfassenden Verkehrskonzepts für den Großraum Graz, wie auch im steirischen Regierungsprogramm vorgesehen
- Keine weiteren Parkplatzverluste: Parkplatzgarantie für die nächste Legislaturperiode
- Ausbau unterirdischer Parklösungen und modernes Parkleitsystem zur Reduktion des Suchverkehrs

**Frage 2: Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie zur Reduktion des Pendlerverkehrs aus dem Umland und zur besseren regionalen Abstimmung (z. B. Ausbau von S-Bahn und Park & Ride, Kooperation mit Graz-Umgebung) – und wie wollen Sie diese wirksam mit dem innerstädtischen Verkehrssystem verknüpfen?**

## KPÖ

Die konzeptiven Vorgaben stehen ja schon: P&R soll zuvorderst wohnortnahe an attraktiven Umsteigeknoten in Zusammenarbeit mit Land und ÖBB erfolgen und dort ausgebaut werden, auch in der Peripherie der Stadt wird es mehr Angebote geben müssen: die Erweiterung des Murparks und eine P&R-Anlage an der Steinbergstraße sind in Umsetzung. Der ÖV ist durch S-Bahn und RegioBusse in den letzten Jahren massiv verbessert worden, bessere innerstädtische Verknüpfungen sind in Abstimmung mit dem Ausbau des Tram-Netzes sowie der Bahnstrecken in Planung und sollen 2040+ auch den Bahnhof Gösting umfassen. Als „Sahnehäubchen“ kommt dann längerfristig der S-Bahntunnel vom Ostbahnhof über den Jakominiplatz zum bzw. unter den Hauptbahnhof hindurch in möglichst alle Richtungen.

## ÖVP

Auf Basis unseres Verkehrskonzepts setzen wir auf ein vernetztes System mit Nahverkehrsknoten (NVK) als Drehscheiben der Mobilität. Ziel ist die konsequente Verknüpfung von Park & Ride, Straßenbahn und der S-Bahn Steiermark – dort, wo der Umstieg sinnvoll ist: am Stadtrand. Pendler sollen frühzeitig und ohne Reibungsverluste auf den öffentlichen Verkehr wechseln können.

Konkret heißt das: Ausbau des Park-&-Ride-Standorts Webling und Verlängerung der Linie 5 bis zum NVK Webling. Ebenso zentral ist die Umsetzung der Linie 18 mit einem leistungsfähigen NVK Don Bosco sowie der Anschluss des NVK Gösting an das Straßennetz.

Diese Maßnahmen stehen für eine klare Gesamtlösung statt Stückwerk. Nur ein abgestimmtes System von der Region bis ins Zentrum kann Pendlerverkehr reduzieren und gleichzeitig die Erreichbarkeit sichern.

### Die GRÜNEN

Der Pendlerverkehr kann nur gemeinsam mit dem Land und den Umlandgemeinden gelöst werden. Deshalb setzen wir auf einen massiven Ausbau von S-Bahn, Park & Ride und regionalen Busverbindungen sowie die Verbesserung der Radwegverbindungen.

Wichtig ist auch die enge Verknüpfung mit dem innerstädtischen Öffi-Netz. Neue Straßenbahnprojekte wie die Linie 8 oder die Entlastung der Herrengasse sind dafür zentrale Bausteine. Zusätzlich braucht es attraktive Umstiegsmöglichkeiten, digitale Verkehrssteuerung und regionale Zusammenarbeit statt Zuständigkeitsdenken.

Eine möglichst konsequente Verlagerung des Pendlerverkehrs auf den Umweltverbund bringt den Vorteil mit sich, dass die Straßen dann wieder jenen zur Verfügung stehen, die das Auto wirklich brauchen - Menschen die nicht gehen können, Lieferverkehr oder Einsatzfahrzeuge. Sie kommen dann gut und ohne Stau voran.

### SPÖ

Eine Reduktion des Pendlerverkehrs ist seit langem ein Anliegen der SPÖ Graz, welches in der neuen Legislaturperiode durch den Ausbau der Kooperation mit den Verkehrsträgern des Landes und in der Etablierung strategisch richtig gelegener Park & Ride Systeme realisiert werden kann. Wie in Frage 1 festgestellt, muss in Folge der innerstädtische Nahverkehr leistbar (also geringere Tarife für Pendler\*innen), ökologisch (Ausbau der E-Mobilitätsflotte der Holding Graz speziell für den Pendler\*innenverkehr) und intervallgerecht sein. Intervallgerecht bedeutet, dass die Holding Graz die Frequenz an den Bedarf zu den verschiedenen Tageszeiten und zu den verschiedenen Standorten der Park & Ride Systeme anpassen wird müssen. Hier ist Flexibilität im Sinne der Bevölkerung, der Umwelt und der Effizienz gefordert.

### KFG

Wie bereits ausgeführt, braucht es den Ausbau von attraktiven P&R-Anlagen direkt an den entscheidenden Einfahrtsachsen. Die P&R-Knotenpunkte müssen direkt und ohne lange Wartezeiten an das innerstädtische Straßenbahnnetz angebunden werden. Ein Ticket für Region und Stadt, das unkompliziert, bürgernah und digital lückenlos funktioniert. Dazu braucht es auch eine Taktverdichtung der S-Bahn und regionaler Buslinien.

### NEOS

Die Verkehrsplanung darf nicht an der Stadtgrenze enden. Viele Probleme in Graz entstehen ja gerade dadurch, dass Stadt und Umland jahrzehntelang zu wenig gemeinsam gedacht wurden.

Deshalb braucht es endlich mehr Park-&-Ride-Anlagen, eine stärkere S-Bahn und bessere regionale Abstimmung. Besonders wichtig sind zusätzliche Standorte wie Wetzelsdorf oder die Nutzung bestehender Kapazitäten wie des Magna-Parkhauses. Gleichzeitig muss Graz die angebotene Kooperation mit der ASFINAG endlich annehmen, damit reservierte Flächen im Norden und Süden rasch genutzt werden können.

Wichtig ist uns in dieser Diskussion aber auch die Lebensqualität in den Wohngebieten. Deshalb fordern wir auch, dass der Schleichverkehr raus aus den Nebenstraßen kommt und wieder auf leistungsfähige Hauptachsen gelenkt wird. Genau dafür braucht es langfristig auch mutige Lösungen wie den City-Tunnel und einen stärkeren Ausbau des öffentlichen Verkehrs über die Stadtgrenzen hinaus.

#### FPÖ

Rund 80 % der Pendler aus dem Umland kommen mit dem Auto nach Graz (Erhebung 2023). Diese Zahl wird sich nicht ausschließlich durch innerstädtische Maßnahmen verändern lassen, sondern wenn überhaupt, nur durch eine bessere regionale ÖV Anbindung.

- Attraktive Park-&-Ride-Anlagen an den Einfallstraßen: ausreichend Kapazität, kurze Taktfolgen in die Innenstadt, leistbarer Tarif
- Enge Kooperation mit der Stadtregion Graz-Umgebung zur Abstimmung von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung
- Forcierung einer Koralmbahn-Haltestelle am Flughafen Graz als wichtige Schnittstelle für den regionalen Verkehr

**Frage 3: Wie stehen Sie zur Neuaufteilung des öffentlichen Straßenraums zugunsten von Fuß- und Radverkehr – und wie wollen Sie dabei gleichzeitig Sicherheit, klare Nutzungsregeln und Akzeptanz für alle Verkehrsteilnehmer:innen gewährleisten?**

#### KPÖ

Es wurde keine Antwort übermittelt.

#### ÖVP

Die Neuaufteilung des Straßenraums kann sinnvoll sein – aber nur mit klaren Voraussetzungen. Grundlage ist unsere Idee des Grazer Verkehrspakts: Wer Flächen neu verteilt, darf nicht einfach streichen, sondern muss gleichwertige Alternativen schaffen. Werden Parkplätze reduziert, braucht es Ersatz durch Tiefgaragen oder funktionierende Park-&-Ride-Angebote, um Staus und Parksuchverkehr zu vermeiden.

Sicherheit entsteht durch Entflechtung: Klare Trennung und nachvollziehbare Verkehrsführungen reduzieren Konflikte. Gleichzeitig braucht es ein stärkeres Bewusstsein im Straßenraum, denn Fußgänger sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer und müssen besonders geschützt werden. Neben Infrastruktur sind auch Kontrolle, klare Regeln und begleitende Kampagnen notwendig.

Ziel ist ein ausgewogenes Gesamtsystem: Mehr Platz für Fuß- und Radverkehr ist möglich – aber nur mit funktionierenden Alternativen und fairer Berücksichtigung aller.

#### Die GRÜNEN

Die Menschen gehen zu Fuß oder steigen aufs Rad um, wenn es für sie einfach, bequem und sicher ist. Daher ist der Ausbau von durchgehenden, sicheren Geh- und Radwegen ein wichtiger Hebel für mehr aktive Mobilität. Die gerechtere Verteilung des öffentlichen Raums ist zudem notwendig, weil Graz stark wächst und das Zufußgehen und Radfahren besonders

platzsparend sind. Jahrzehntlang wurde sehr viel Platz fast ausschließlich dem Autoverkehr gewidmet. Heute braucht es mehr Balance und eine faire Flächenverteilung.

Unser Ziel ist ein sicheres und konfliktfreies Miteinander aller Verkehrsteilnehmer:innen. Deshalb setzen wir auf klare Regeln, gute und intuitive Gestaltung, Verkehrsberuhigung und getrennte Infrastruktur dort, wo sie notwendig ist. Besonders wichtig sind sichere Schulwege, barrierefreie Gehwege und durchgängige Radverbindungen. Gute Planung und direkte Bürger:innenbeteiligung erhöht dabei nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Akzeptanz.

### SPÖ

Dass klare Nutzungsregeln und Sicherheitsvorschriften für alle Verkehrsteilnehmer\*innen etabliert werden müssen, liegt auf der Hand und ist selbstverständlich eine Forderung der SPÖ Graz, die es umzusetzen gilt. Eine reine Symbol- und Social-Media-Politik, wie sie derzeit betrieben wird, lehnen wir ab. Radwege zu errichten und öffentlichen Straßenraum zu reduzieren, reicht nicht aus, um die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer zu erhöhen und zu gewährleisten. Eine vorausschauende Planung mit dazugehöriger und offener Kommunikation seitens der Stadtpolitik ist unerlässlich um ein funktionierendes und gesundes Neben- und Miteinander der Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten.

Ein blaues O auf den Radweg zu malen und die Strecke als Fahrrad-Highway zu bezeichnen, ohne klare Regeln zu erlassen und ohne Vorsicht im Umgang miteinander zu fördern, ist zu wenig.

### KFG

Es wurde keine Antwort übermittelt.

### NEOS

Ein wichtiges Thema, dem wir uns an dieser Stelle beispielhaft annähern wollen: Nach wie vor fehlen in Graz durchgängige und sichere Hauptradwegverbindungen zwischen den Universitäten. Dabei liegen Pläne zur Umsetzung längst auf dem Tisch und auch viele Studierende wünschen sich nach wie vor solche Verbindungen – zumal Graz die teuersten Offi-Tickets Österreichs hat.

Damit Verkehr insgesamt besser funktioniert, braucht es aber auch eine bessere Lenkung der Verkehrsströme. Wie oben bereits gesagt, setzen wir innerstädtisch auf Parkhäuser, bessere Öffis und langfristig auf den S-Bahn-City-Tunnel, damit weniger Autos durch die Innenstadt fahren müssen. Gleichzeitig wollen wir den Pendler:innen-Durchzugsverkehr auf Nebenstraßen stadtweit deutlich reduzieren. Wohngebiete dürfen nicht länger als Schleichwege missbraucht werden.

Wichtig ist uns auch, bestehende Problemstellen gemeinsam mit den Menschen vor Ort anzuschauen und Lösungen zu entwickeln, die tragfähig und zukunftsfit sind.

### FPÖ

Fuß- und Radverkehr sind wichtige Bestandteile des Verkehrssystems und verdienen eine adäquate Infrastruktur. Radwege sollen sinnvoll, sicher und bedarfsgerecht geplant werden – nicht ideologisch motiviert auf Kosten der Erreichbarkeit von Betrieben und der Sicherheit im Straßenraum.

- Klare Trennung von Fuß- und Radverkehr: Fußgängerzonen wie die Schmiedgasse müssen frei von schnellem Radverkehr bleiben
- Ausbau lückenschließender Radwegverbindungen dort, wo echter Bedarf besteht und keine unverhältnismäßigen Einschränkungen für den MIV entstehen
- Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer als oberstes Planungsprinzip
- Keine Parkplatzverluste zugunsten ideologisch motivierter Radwegprojekte

#### 4. Wohnen

Graz wächst weiter, gleichzeitig entstehen vielfach Wohnungen, die nicht dem tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung entsprechen. Insbesondere Klein- und Kleinstwohnungen werden häufig als Anlageobjekte errichtet, während bedarfsgerechter und leistbarer Wohnraum weiterhin knapp bleibt. Zudem fehlen bislang belastbare und öffentlich zugängliche Daten zu Leerstand, Wohnbedarf und der tatsächlichen Nutzung neu errichteter Wohnungen. Damit fehlt eine wesentliche Grundlage für eine zielgerichtete Wohnpolitik und eine am Bedarf orientierte Entwicklung.

**Frage 1: Wie kann es gelingen, die Wohnraumentwicklung in Graz konsequent am tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung und an leistbarem Wohnraum auszurichten – anstatt primär auf Markt- und Anlageinteressen zu reagieren?**

##### KPÖ

Durch die Forcierung des kommunalen Wohnbaus und die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgern kann die Stadt Graz leistbaren Wohnraum anbieten. Die Stadt kann außerdem dort direkt eingreifen, wo es ihr rechtlich möglich ist, nämlich bei den Gemeindewohnungen. Während auf dem sogenannten freien Markt MieterInnen schon bis zu zwei Drittel des Haushaltseinkommens für das Wohnen aufbringen müssen, garantiert die Stadt durch die Mietzinsuzahlung, dass kein Mieter/keine Mieterin einer städtischen Wohnung mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für das Wohnen (Miete + Betriebskosten + Heizung) aufbringen muss. Zudem liegen die Mieten von stadteigenen Wohnungen im Durchschnitt rund 40 % unter den gesetzlich erlaubten Grenzen. Ebenso beinhaltet der Flächenwidmungsplan Vorbehaltsflächen kommunalen Wohnbau.

##### ÖVP

Grundsätzlich funktioniert der Wohnungsmarkt über Angebot und Nachfrage. Eine vollständig zentrale Steuerung der Wohnraumentwicklung wird daher in der Praxis nur eingeschränkt möglich sein. Umso wichtiger ist es, die bestehenden Instrumente gezielt zu nutzen, um Fehlentwicklungen zu korrigieren und den Bedarf der Bevölkerung besser abzubilden.

Ein wesentlicher Hebel liegt dabei in klaren Vorgaben bei Neubauprojekten. Dazu zählen etwa Mindestgrößen für Wohnungen, um ein Überangebot an sehr kleinen Einheiten zu vermeiden, sowie stärkere Anforderungen an familiengerechten Wohnraum. Gerade größere, leistbare Wohnungen für Familien sind in vielen Bereichen unterrepräsentiert und müssen wieder verstärkt in den Fokus rücken.

Ergänzend braucht es eine bewusste Steuerung über Widmung, Bebauungspläne und Förderinstrumente, um sicherzustellen, dass nicht primär auf kurzfristige Anlageinteressen gebaut wird, sondern auf tatsächliche Wohnbedürfnisse.

Ziel muss ein ausgewogenes System sein: ein funktionierender Markt, der durch klare Rahmenbedingungen so gelenkt wird, dass ausreichend leistbarer und bedarfsgerechter Wohnraum entsteht.

##### Die GRÜNEN

Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Spekulationsobjekt sein. Schließlich geht es um das Zuhause von Menschen, nicht um abstraktes, anonymes Anlagevermögen. Damit die Wohnkosten nicht auf das Niveau von anderen Städten steigen, braucht Graz mehr

leistbaren Wohnraum, eine gute soziale Durchmischung und eine Entwicklung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Zum Beispiel für Familien mit mehreren Kindern, die sich sehr schwer tun, im Stadtgebiet Wohnungen zu finden.

Die Stadt kann dabei über Widmungspolitik und Vorgaben in Bebauungsplänen bis zu einem gewissen Grad steuern. Mit der Ausweisung von Vorbehaltsflächen kann Bauland gezielt für leistbaren Wohnbau (Gemeindewohnungen und geförderte Wohnungen) reserviert werden. Wir fordern, dass der Gesetzgeber diese Möglichkeit zB auch für Baugruppen schaffen würde.

Gleichzeitig braucht es darüber hinaus klare Rahmenbedingungen von Bund und Land, um spekulative Entwicklungen einzudämmen.

Wichtig ist außerdem eine bessere Datenbasis über Wohnbedarf, Leerstand und tatsächliche Nutzung. Daran arbeiten wir seit einiger Zeit mit Hochdruck.

### SPÖ

Anstatt auf Förderungen und Zuschüsse zu setzen, ist es Aufgabe der Stadtregierung leistbaren Wohnbau in Form von Gemeindewohnbauten zur Verfügung zu stellen. Das Rote Wien<sup>1</sup> ist nach wie vor ein weltweit anerkanntes Beispiel für die Wahrnehmung der Pflichten der Politik, den Menschen das Grundrecht Wohnen zu ermöglichen. Dies ist eine unveränderte Forderung und auch eine unveränderte Grundkompetenz der Sozialdemokratischen Partei. Die Erhebung der Leerstände muss endlich abgeschlossen werden und die Leerstandsabgabe eingehoben werden.

<sup>1</sup> 1919 bis 1934 / Absolute Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei in Stadt- und Landtag. Daraus folgend ein umfangreiches und erfolgreiches, zum Modell gewordenes, Projekt der Errichtung von Sozialem Wohnbau für die Bevölkerung.

### KFG

Wohnen darf kein Spekulationsobjekt für Finanzmärkte sein. Die Stadtplanung muss hier aktiv steuern. Besonders Neubauprojekte müssen dabei strikt an den realen Bedarf der Grazer Bevölkerung – Stichwort leistbarer Wohnraum sowie familiengerechte Wohnungen – gekoppelt werden. In den vergangenen Jahren wurden Wohnungen immer kleiner und im Verhältnis sind die Kosten für Wohnraum explodiert. Hier muss entschieden seitens der Politik gegengesteuert werden.

### NEOS

Natürlich muss es Ziel und Aufgabe der Stadt sein, für ausreichend leistbaren und den Bedürfnissen der Menschen entsprechenden Wohnraum zu sorgen. Die Feststellung, dass in Graz primär auf Markt- und Anlageinteressen geachtet wird, teilen wir in dieser Zuspitzung allerdings nicht.

Unser Ansatz ist vielmehr, dass die Stadt wieder stärker Perspektiven schaffen muss – besonders für junge Menschen und Familien. Deshalb setzen wir auf neue Wohnmodelle wie Jugendstarterwohnungen mit Kaufoption. Das soll auch der städtische Eigenbetrieb Wohnen Graz anbieten. Junge Grazerinnen und Grazer sollen sich wieder Schritt für Schritt etwas aufbauen können, statt dauerhaft nur von Miete zu Miete zu leben.

Gleichzeitig können wir uns auch Kaufoptionen für langjährige Mieter:innen von Gemeindewohnungen vorstellen. Wer über viele Jahre Verantwortung übernimmt und in seinem Grätzl verwurzelt ist, soll die Chance bekommen, Eigentum aufzubauen.

## FPÖ

Leistbarer Wohnraum ist für die Grazer eine zentrale Herausforderung. Die FPÖ Graz sieht die wesentliche Ursache des Wohnraumproblems im unkontrollierten Bevölkerungswachstum durch Migration, das die Nachfrage überproportional erhöht, sowie in fehlgeleiteten Förderpolitiken.

Im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten setzen wir auf:

- Vergabe von Gemeindewohnungen nach dem Heimvorteil-Prinzip: Vorrang für Grazer mit nachgewiesenem Wohnbedarf
- Starterwohnungen für einheimische Jungfamilien im gemeinnützigen Wohnbau
- Sanierungsoffensive: Förderung der Weiterentwicklung bestehender Wohngebäude statt Neubau-Projekte, die das Stadtbild belasten

**Frage 2: Welche konkreten Instrumente werden Sie einsetzen, um Fehlentwicklungen zu korrigieren – insbesondere im Hinblick auf Leerstand, spekulativen Wohnbau und nicht bedarfsgerechte Wohnungsformen (z. B. Leerstandsabgabe, Baugebote, Nutzungsvorgaben, Hauptwohnsitzbindung)?**

## KPÖ

Andere wirksame Maßnahmen, um leistbares Wohnen zu gewährleisten und um Spekulationen hintanzuhalten, lassen sich nur auf Bundes- und Landesebene beschließen. Die Wiedereinführung der Zweckwidmung des Wohnbauförderungsbeitrages ist überfällig. Mit der Vereinheitlichung des Mietrechtsgesetzes incl. Ausweitung seines (Voll)anwendungsbereiches, niedrigeren Mietzinsobergrenzen, Abschaffung der Befristungsmöglichkeit von Wohnungsmietverträgen, sowie der Streichung des Steuervorteils beim Erwerb von Anlegerwohnungen, einer Leerstandsabgabe, die ihren Namen auch verdient und von Investoren nicht aus der Portokassa bezahlt werden können, etc., bietet sich ein Konvolut von Maßnahmen an. Förderungsrechtlich ist etwa auch ein Einweisungsrecht der Kommune bei mit öffentlichen Mitteln errichteten Wohnbauten für einen bestimmten Prozentsatz der Wohnungen denkbar.

## ÖVP

Zur Korrektur von Fehlentwicklungen setzen wir auf die konsequente Anwendung bestehender Instrumente statt zusätzlicher Bürokratie. Zentrale Hebel sind klare Vorgaben bei Neubauten: Mindestgrößen verhindern ein Überangebot an Kleinwohnungen, Nutzungsvorgaben stärken familiengerechten Wohnraum statt reiner Anlageprojekte.

Beim Thema Leerstand verfolgen wir den Ansatz „mobilisieren statt bestrafen“: Eigentümer sollen durch Vermittlungsmodelle, Beratung oder befristete Anmietungen unterstützt werden, Wohnungen wieder auf den Markt zu bringen.

Zusätzlich braucht es den gezielten Einsatz von Widmung, Bebauungsplänen und Baugeboten, um spekulatives Zurückhalten zu verhindern – mit Augenmaß, um Investitionen nicht abzuwürgen. Ziel ist ein ausgewogenes System mit ausreichend leistbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum.

## Die GRÜNEN

Wohnraum ist da, um genutzt zu werden. Gerade in einer wachsenden Stadt und bei steigenden Mietkosten können wir es uns langfristig nicht leisten, dass tausende Wohnungen leer stehen. Deshalb halten wir eine Leerstandsabgabe für sinnvoll.

Gleichzeitig muss man ehrlich sagen: Damit so ein Instrument rechtssicher und wirksam funktioniert, braucht es zuerst eine belastbare Datengrundlage. Genau diese Grundlage schaffen wir in Graz derzeit Schritt für Schritt. Dafür wurde in der Stadtvermessung massiv aufgebaut und das Adress-, Gebäude- und Wohnungsregister systematisch aufgearbeitet. Dahinter steckt ein enormes Projekt mit Millionen Datenfeldern und tausenden Nutzungseinheiten.

Mir geht es dabei nicht um Symbolpolitik oder schnelle Schlagzeilen, sondern um Instrumente, die tatsächlich funktionieren und Wohnraum wieder für Menschen verfügbar machen.

Um in Zukunft Fehlentwicklungen, wie Wohnblocks mit ausschließlich kleinen Anlegerwohnungen, die keinen positiven Beitrag zum Gesamtgefüge Stadt leisten zu verhindern, machen wir jetzt schon in Bebauungsplänen Vorgaben zu Mindest- und Durchschnittswohnungsgrößen.

## SPÖ

Wie in Antwort 1 betont und dargestellt, ist der Soziale Wohnbau eine Grundkompetenz der Sozialdemokratischen Partei. So auch in Graz.

Es müssen aber auch auf kommunaler Ebene rechtliche Regelwerke geschaffen werden, die auf Wohnbauprojekte, deren Genehmigungsfähigkeit und die Einbindung von infrastrukturellen Angeboten bis hin zur dezentralen Gesundheitsversorgung (Stichwort: Ein Gesundheitszentrum in jedem Bezirk) Einfluss nehmen können und deren Genehmigungsfähigkeit überprüfen und im Bedarfsfall verhindern können.

## KFG

Durch Bebauungspläne kann der Bau von reinen Klein- und Kleinstwohnungen begrenzt werden und zugunsten von echtem, lebenswertem Wohnraum vorgegeben werden.

## NEOS

Bevor die Stadt ständig mit dem Finger auf andere zeigt, muss sie zuerst ihre eigenen Hausaufgaben machen. Gerade im Wohnbereich braucht Graz endlich mehr Steuerung, Transparenz und einen ehrlichen Blick auf die eigenen Strukturen. Der Eigenbetrieb Wohnen Graz muss von einem Fass ohne Boden wieder zu einem funktionierenden wohnungspolitischen Steuerungsinstrument werden.

Dazu gehören für uns die Einführung eines echten Einkommensmonitorings sowie eine stärkere Ausrichtung auf bedarfsgerechten Wohnraum.

Statt immer neuer Steuern braucht es mehr Kreativität bei der Nutzung bestehender Flächen. Die Stadt Mainz zeigt mit der Plattform „LeAn“, kurz für „Leerstand und Ansiedlung“ – oft auch als „Tinder für Immobilien“ bezeichnet – bereits vor, wie leerstehende Wohnungen oder Geschäftsflächen digital erfasst und mit passenden Interessent:innen zusammengebracht werden können. So könnten Leerstände schneller reduziert und bestehende Flächen besser genutzt werden.

## FPÖ

Die FPÖ Graz steht einer Leerstandsabgabe kritisch gegenüber. Das steirische Regierungsprogramm sieht deren Abschaffung vor, da der bürokratische Aufwand für Kommunen in keiner Relation zum Lenkungseffekt steht. Wir setzen stattdessen auf:

- Vereinfachte Vermietungsmodelle ('Sicher Vermieten') zur Mobilisierung von Wohnraum ohne Bürokratieaufwand für private Vermieter
- Konsequente Bekämpfung von Scheinanmeldungen und Missbrauch im Bereich der Wohnunterstützung
- Prüfung der Hauptwohnsitzbindung bei städtisch gefördertem Wohnraum

***Frage 3: Werden Sie sich für eine verpflichtende, regelmäßig aktualisierte und öffentlich zugängliche Leerstandserhebung sowie fundierte Wohnbedarfsanalysen einsetzen – und bis wann sollen diese Daten vorliegen?***

## KPÖ

Ja.

## ÖVP

Eine verpflichtende, öffentlich zugängliche Leerstandserhebung sehen wir derzeit kritisch, da der Stadt Graz schon heute die rechtlichen und praktischen Instrumente fehlen – nicht zuletzt, weil es der Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ in fünf Jahren nicht gelungen ist, eine angekündigte Leerstandsabgabe umzusetzen.

Unser Zugang ist ein anderer: Leerstand mobilisieren statt bestrafen. Wohnungen stehen oft aus legitimen Gründen leer, etwa wegen Sanierung, familiärer Vorsorge oder persönlicher Lebenssituationen. Pauschale Sanktionen greifen daher zu kurz.

Wir setzen stattdessen auf ein freiwilliges Modell: Die Stadt Graz oder eine städtische Gesellschaft soll leerstehende Wohnungen für einen definierten Zeitraum (z. B. 10–15 Jahre) anmieten und anschließend selbst weitervermieten. Eigentümer erhalten damit einen verlässlichen Partner und sichere Einnahmen, während die Stadt zusätzlichen leistbaren Wohnraum – insbesondere für Familien und junge Menschen – schafft.

## Die GRÜNEN

Ja. Gute Wohnpolitik braucht belastbare Daten statt bloßer Schätzungen. Deshalb arbeiten wir derzeit intensiv am Aufbau einer fundierten Leerstandsdatenbank und an der systematischen Aufbereitung des Adress-, Gebäude- und Wohnungsregisters.

Diese Arbeit läuft bereits und ermöglicht erstmals eine deutlich präzisere Einschätzung der tatsächlichen Situation in Graz. Ziel ist eine laufend aktualisierte und faktenbasierte Grundlage für politische Entscheidungen im Wohnbereich.

## SPÖ

Diese Frage ist eindeutig mit JA zu beantworten. Leerstandserhebung und die Erhebung des Wohnbedarfs sind ein grundsätzliches Anliegen der SPÖ Graz.

Es darf aber nicht nur die Frage nach dem Wann gestellt werden, sondern wichtig ist beim Thema Leerstand die Frage, wie mit Leerstand umgegangen werden kann und in welchen Kategorien Leerstand erfasst werden kann.

Die Problematik eines leerstehenden Innenstadtgeschäfts ist eine andere, als die Problematik des Leerstands von spekulativem, an der Lebensrealität vorbeigeplanten Wohnraums.

Ein jährliches Monitoring mit öffentlich zugänglichen Zahlen und Daten ist das ausgesprochene Ziel. Als Vorbereitung dient eine wissenschaftlich fundierte Untersuchung zur Kategorisierung des Leerstands, der Bewertung der Leerstandslagen und der Wohnbedarfsanalyse.

## KFG

Eine zielgerichtete, transparente Politik braucht verlässliche Fakten. Dafür braucht es eine aktuelle fundierte Wohnbedarfsanalyse. Diese Daten müssen priorisiert werden. Eine erste, belastbare Datenbasis innerhalb der ersten Jahreshälfte 2027 muss daher öffentlich vorliegen, um sofortige politische Maßnahmen einleiten zu können. Eine Leerstandsabgabe, wie sie seitens der linken Politik gefordert wird, lehnen wir jedoch entschieden ab.

## NEOS

Die bisherigen Erfahrungen in Graz zeigen leider, wie schnell aus einer gut gemeinten Idee eine teure Datenkrake ohne echten Mehrwert werden kann. Trotz enormem Verwaltungsaufwand fehlen bis heute belastbare Datengrundlagen und gleichzeitig zeigt sich in anderen Städten, dass Systeme wie die Leerstandsabgabe oft kaum die gewünschte Wirkung erzielen.

Neue Abgaben lehnen wir grundsätzlich ab, solange nicht zuerst im bestehenden System eingespart und effizienter gearbeitet wird. Entscheidend ist für uns nicht die größte Datensammlung, sondern ob tatsächlich mehr leistbarer Wohnraum entsteht und bestehende Flächen besser genutzt werden.

Statt immer neue Bürokratie aufzubauen, wollen wir stärker auf Anreize, Nachnutzung und gezielte Stadtentwicklung setzen. Dort, wo Daten notwendig sind, sollen diese schlank, zweckmäßig und mit klarem Nutzen für die Stadt erhoben werden – und nicht als Selbstzweck.

## FPÖ

Eine valide Datenbasis ist grundsätzlich für eine zielgerichtete Wohnpolitik zu befürworten.

Wir unterstützen:

- Regelmäßige und öffentlich zugängliche Wohnbedarfsanalysen als Grundlage für Planungsentscheidungen
- Erhebung von Leerstandsdaten in Kooperation mit dem Land Steiermark und Statistik Austria – allerdings ist auf einen vertretbaren Verwaltungsaufwand zu achten
- Transparenz über die tatsächliche Nutzung neu errichteter Wohnungen (Erstwohnsitz vs. Anlagewohnungen)

Im Hinblick auf die Leerstandsabgabe verweisen wir erneut auf die Haltung der Steiermärkischen Landesregierung, die deren Abschaffung im Regierungsprogramm festgehalten hat und folgen dieser Linie.

## 5. Weiterentwicklung des Bestandes

Die Weiterentwicklung des Gebäudebestands ist ein zentraler Baustein für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Sie trägt zur Ressourcenschonung, zur Aktivierung bestehender Flächen sowie zum Erhalt gewachsener Strukturen und Nachbarschaften bei. In der Praxis wird jedoch häufig Abbruch und Neubau umgesetzt, obwohl Potenziale im Bestand vorhanden wären. Gleichzeitig erschweren komplexe Verfahren, hohe Anforderungen und fehlende Anreize die Weiterentwicklung bestehender Gebäude.

**Frage 1: Welche konkreten Maßnahmen werden Sie im eigenen Wirkungsbereich setzen, um die Weiterentwicklung des Bestands gegenüber Abbruch und Neubau systematisch zu stärken – insbesondere in den Bereichen Bestandsbewertung, Planung, Verfahren, Anreize und städtische Projekte?**

### KPÖ

Im Eigentum der Stadt Graz befindliche historische Gebäude werden, sofern möglich, saniert und um- und aufgewertet. Mit der Altstadtschutzkommission fördert die Stadt Graz die Sanierung von Fassaden und den Einbau von Holzfenstern bei privaten Hausbesitzern.

Mit der Initiative für eine weitere Schutzzone im Bezirk Lend/Gries soll mehr historischer Baubestand geschützt werden.

Für eine Ausweitung der Schutzzone bzw. auch im Schutz vor Abriss sind wir leider auf Änderungen im Baugesetz durch das Land angewiesen. Wir haben auf dem Petitionswege schon mehrmals versucht, hier Verbesserungen im Schutz von Gebäuden außerhalb der Schutzzonen nach dem Vorbild von Wien zu fordern. Bisher leider erfolglos.

<https://www.kpoe-graz.at/altstadtschutz-villa-eggenberg-kpoe-braunersreuther-stadt-land-fpoe-oevp.phtml>

### ÖVP

Ziel ist es, die Weiterentwicklung des Bestands systematisch zu stärken und Abbruch nur dort zuzulassen, wo er wirklich notwendig ist. Dafür setzen wir im eigenen Wirkungsbereich auf mehrere konkrete Hebel:

Bei städtischen Projekten wird der Bestand konsequent als Ausgangspunkt gedacht. Vor einem Abbruch ist nachvollziehbar zu prüfen, ob Sanierung, Umbau oder Erweiterung möglich und wirtschaftlich sinnvoll sind.

Gerade im Bestand braucht es einfachere, planbare Verfahren – etwa für Dachgeschoßausbauten. So kann zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden, ohne neue Flächen zu versiegeln.

Über Fördermodelle und klare Vorgaben sollen Sanierungen und Aufstockung attraktiver werden als Abriss und Neubau.

Die Stadt muss dabei Vorbild sein und weiterhin auf Sanierung und intelligente Weiterentwicklung setzen.

Zugleich braucht es praxisnahe Bebauungspläne, die Entwicklung im Bestand ermöglichen statt verhindern.

## Die GRÜNEN

Die Weiterentwicklung bestehender Gebäude wird künftig immer wichtiger. Bestandserhalt spart Ressourcen, reduziert Emissionen und erhält gewachsene Nachbarschaften.

Deshalb wollen wir Sanierung, Umnutzung und Aufstockung stärker in den Fokus bringen und gleichzeitig den Abbruch intakter Gebäude kritischer prüfen. Bisher fehlen dafür aber noch die geeigneten Instrumente von Bund und Land. Öffentliche Bauprojekte der Stadt sollen hier Vorbildwirkung übernehmen.

Wichtig sind außerdem einfachere Verfahren, bessere Beratung und stärkere Anreize für klimafreundliche Bestandssanierungen. Die neue OIB-Richtlinie 7 (Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen) könnte hier wegberbereitend sein.

## SPÖ

Die erste Maßnahme, die im Bereich Bauen im Bestand, Transformation und Schonung der Ressourcen bei gleichzeitigem geringen Grundflächenverbrauch zu setzen ist, ist eine breite Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung. Aufklärungsarbeit in Form von Workshops, Vorträgen, Best-Practice-Beispielen steht am Beginn einer systematischen Unterstützung von Bauprojekten im Bestand.

Die Unterstützung bei der Umsetzung reicht von verkürzten Baugenehmigungsverfahren, Widmungsänderungen (wenn Leerstand droht und die Lage in der Stadt es zulässt) bis hin zur Förderung von planerischer Unterstützung durch die Kompetenz von Ziviltechniker\*innen.

Weitere Fördermaßnahmen können die Vermittlungstätigkeiten zwischen den beteiligten Behörden seitens der Stadtregierung in Zusammenarbeit mit der ZT Kammer sein (Stichwörter: ASVK; GAEG, Denkmalschutz, Baugenehmigung, Baustelleneinrichtung, ...)

Sobald ein noch zu definierender Anteil an preisgebundenem Wohnraum zur Vermietung dabei errichtet werden, können finanzielle Unterstützungen als weiterer Anreiz dienen.

## KFG

Es braucht hier ganz klar einen Paradigmenwechsel – der Erhalt sowie die Sanierung von Gebäuden müssen Vorrang vor einem Abriss haben. Im eigenen Wirkungsbereich kann man folgende Maßnahmen andeuten: Verpflichtende Bestandschecks, bevor ein Abriss erfolgt, ob und wie eine weitere Nutzung umgesetzt werden kann sowie eine entsprechende Förderung dazu. Und wie überall – Entbürokratisierung sowie schnellere Verfahren.

## NEOS

Bestandsentwicklung muss in Graz künftig Vorrang vor vorschnellem Abriss bekommen. Historische Gebäude, gewachsene Ortskerne und identitätsstiftende Plätze machen Graz zu jener Weltstadt im Kleinformat, die so viele Menschen an unserer Stadt schätzen. Deshalb braucht es in der Stadtentwicklung mehr Mut, Bestehendes weiterzuentwickeln und zu erhalten – auch dann, wenn das nicht immer der einfachste Weg ist.

Gerade Projekte wie die Rösselmühle, das Girardihaus oder der Abriss der Villa Brauner zeigen, dass in Graz oft fehlender politischer Wille, mangelnde Transparenz und zu wenig Einbindung der Menschen vor Ort regieren. Dort, wo frühzeitig erklärt wird, warum etwas erhalten, verändert oder neu gedacht werden soll, steigt auch die Akzeptanz für Entscheidungen.

Uns ist der sensible Umgang mit unserem Weltkulturerbe und dem Stadtbild extrem wichtig. Die Diskussion rund um das Kastner-&Öhler-Dach zeigt leider, wie lange ungelöste Konflikte dem Ansehen der Stadt schaden können.

### FPÖ

Die FPÖ Graz bekennt sich klar zum Grundsatz: Sanierung vor Neubau und Bestand vor Abriss. Gewachsene Stadtstrukturen und historische Bausubstanz sind identitätsstiftend und ökologisch wertvoller als Neubau. Der Schutz der Grazer Baukultur und die Förderung traditioneller Fassadensanierungen sind zentrale Forderungen unseres Wahlprogramms.

Konkrete Maßnahmen:

- Vorrangstellung der Bestandssanierung in städtischen Planungs- und Förderprozessen
- Vereinfachung baurechtlicher Verfahren für Sanierungsvorhaben – insbesondere für die Anpassung historischer Gebäude an zeitgemäße Anforderungen
- Städtische Förderungen für die Sanierung baulich wertvoller Altsubstanz
- Konzeptvergaben für städtische Liegenschaften mit Pflicht zur Bestandserhaltung
- Einbeziehung der Ziviltechniker in frühe Planungsphasen zur Prüfung von Bestandspotenzialen

## 6. Bauverfahren und Behördenpraxis in Graz

Die Abwicklung von Bauverfahren in Graz weist laut Rückmeldungen zahlreicher Mitglieder weiterhin erhebliche strukturelle Mängel auf: mangelnde Abstimmung zwischen Abteilungen, teils widersprüchliche bzw. sich im Verfahren ändernde Anforderungen sowie eine eingeschränkte Verbindlichkeit behördlicher Aussagen führen zu Rechts- und Investitionsunsicherheit. Ineffiziente Abläufe, personelle Engpässe und eine vielfach formalistische Behördenpraxis verstärken diese Herausforderungen. Verfahrensfristen werden nicht immer eingehalten und die Digitalisierung ist bislang nur teilweise umgesetzt, sodass sie noch nicht die gewünschte Entlastung und Transparenz entfaltet.

### **Frage 1: Wie kann es gelingen, die derzeit vielfach ineffizienten und langwierigen Verfahrensabläufe grundlegend zu verbessern?**

#### KPÖ

Aktuell geht ein Großteil der Bauverfahren schnell vonstatten – einige Ausreißer, die den Schnitt zeitlich nach oben verschieben, gibt es – dafür sind verschiedenste Gründe festzumachen, angefangen von Krankenständen über mehrmalige Änderungen seitens der Antragsteller oder Nachforderungen von Unterlagen, Nachbarbeschwerden und daraus resultierenden Verfahren bei Gerichten.

Eine große Hilfe, die eine noch weitreichendere bzw. umfassende Digitalisierung des Verfahrens bringen würde, wäre eine Novelle des Baugesetzes oder eine komplette Neufassung. Derzeit müssen etwa Planunterlagen noch in Papierform beigebracht werden, auch könnten Zustimmungserklärungen von Nachbarn mittels digitaler Signatur bzw. ID-Austria unterfertigt werden. Die Behörde könnte dann das komplette Verfahren digital führen und es könnten alle Schritte auf einer digitalen Plattform rundum abgebildet werden, was natürlich zu einer Zeitersparnis führen würde. Um dieses Vorhaben vollumfänglich in die Tat umzusetzen zu können, braucht es allerdings den Landesgesetzgeber.

#### ÖVP

Bauverfahren müssen schneller, transparenter und verlässlicher werden. Unser Ansatz setzt auf Effizienz und Planungssicherheit:

Durch konsequente Digitalisierung werden Abläufe beschleunigt, Brüche vermieden und der Verfahrensstand jederzeit nachvollziehbar.

Ein One-Stop-Shop-Prinzip schafft klare Zuständigkeiten: Ein zentraler Ansprechpartner koordiniert und begleitet durch den gesamten Prozess.

Verbindliche Fristen sorgen für planbare Entscheidungen und vermeiden Verzögerungen. Ziel ist mehr Investitionssicherheit bei weniger Bürokratie.

Gleichzeitig braucht es eine Überarbeitung städtischer Verordnungen, um Komplexität und Doppelgleisigkeiten zu reduzieren.

Auch auf Landesebene soll sich Graz für eine praxistaugliche, vereinfachte Bauordnung einsetzen.

Im Ergebnis steht ein schlankes System mit klaren Regeln, schnellen Verfahren und transparenten Abläufen.

## Die GRÜNEN

Ja, es gibt bei Bauverfahren und Bebauungsplänen Handlungsbedarf. Deshalb haben wir schon in den vergangenen Jahren den größten Reformprozess in diesem Bereich seit Jahren gestartet. Ziel ist klar: schnellere, transparentere und besser koordinierte Verfahren ohne Qualitätsverlust.

Bereits jetzt wurden bei Bebauungsplänen wirksame Maßnahmen umgesetzt: Antragsteller:innen erhalten fixe Ansprechpersonen und sofortige Rückmeldungen zum Verfahrensablauf. Die Abstimmung zwischen den Abteilungen, etwa mit Verkehr, Grünraum, Behörde und Straßenamt, wurde deutlich verbessert. Es wird auch stärker auf externe Aufträge gesetzt.

Zusätzlich läuft ein umfassender Reformprozess innerhalb der Stadtbaudirektion gemeinsam mit externen Expert:innen und einer Resonanzgruppe aus Planer:innen, Projektwerber:innen und Bauträgern. Ziel ist es, Prozesse und Verfahren effizienter, nachvollziehbarer und serviceorientierter zu gestalten. Gleichzeitig bauen wir die Digitalisierung weiter aus und schaffen mehr Transparenz in den Abläufen.

Wichtig ist dabei: Beschleunigung darf nicht bedeuten, dass Qualität verloren geht. Bebauungspläne bleiben das zentrale Instrument für klimafitte, funktionierende und lebenswerte Stadtentwicklung.

## SPÖ

Klare Regeln fördern klare Strategien. Die Synchronisierung der unterschiedlichen Zuständigkeiten innerhalb der, in städtischer Kompetenz und Verwaltung liegenden Abteilungen ist vorrangiges Ziel einer Initiative zur grundlegenden Verbesserung und zur Optimierung der Verfahrensabläufe.

Eine Initiative zur verstärkten Zusammenarbeit und Verschränkung der Kompetenzen mit den beteiligten Institutionen des Landes sowie des Bundes ist ein unabdingbares Mittel und erklärtes Ziel der SPÖ, um Verfahrensabläufe effizienter zu gestalten, zeitlich zu komprimieren und Ressourcen zu bündeln.

## KFG

Es braucht die Einführung eines lückenlosen, digitalen Bauakts, bei dem jeder Schritt für die Beteiligten transparent nachvollziehbar ist. Es müssen klare, behördenübergreifenden Richtlinien („One-Stop-Shop“) geschaffen werden, um widersprüchliche Anforderungen der Abteilungen zu verhindern. Behördliche Ausgänge müssen verlässlich und rechtssicher sein. Zur Einhaltung der gesetzlichen Verfahrensfristen ist der Einsatz von KI zur Unterstützung (Prüfung gesetzlicher Vorgaben) eine Möglichkeit Personalengpässe auszugleichen.

## NEOS

Wir geben Ihnen absolut recht: Die derzeit vielfach ineffizienten und langwierigen Verfahrensabläufe sind ein massives Problem. Darunter leiden Unternehmer:innen genauso wie die Stadtentwicklung insgesamt. Wer monatelang auf Rückmeldungen oder Entscheidungen warten muss, verliert Zeit, Geld und oft auch das Vertrauen in die Verwaltung.

Graz braucht daher schnellere, transparentere und verlässlichere Verfahren. Dafür braucht es klare Zuständigkeiten, weniger Bürokratie und eine konsequente Digitalisierung. Städte

wie Linz zeigen bereits, dass moderne digitale Bauverfahren und zentrale Ansprechstellen Abläufe deutlich verbessern können.

Wir schlagen daher einen zentralen „Single Point of Contact“ für größere Verfahren vor, damit Projekte nicht zwischen Abteilungen verloren gehen. Gleichzeitig müssen verbindliche Fristen und – wo sinnvoll – auch Modelle der Genehmigungsfiktion diskutiert werden, damit Verfahren nicht endlos verschleppt werden können.

## FPÖ

Die Mängel in der Grazer Bauverfahrenspraxis – mangelnde Abstimmung zwischen Abteilungen, widersprüchliche Anforderungen, fehlende Verbindlichkeit behördlicher Aussagen, Nichteinhalten von Verfahrensfristen – sind seit Jahren bekannt und inakzeptabel. Sie schaden Investoren, dem Wohnbau und dem Wirtschaftsstandort Graz.

Die FPÖ Graz tritt für folgende Verbesserungen ein:

- Deregulierungsoffensive: Überprüfung aller Bauvorschriften auf Doppelgleisigkeiten und unnötige Hürden – in Übereinstimmung mit dem steirischen Regierungsprogramm, das eine Novellierung des Baugesetzes im Sinne der Entbürokratisierung vorsieht
- Verbindliche Verfahrensfristen mit Konsequenzen bei Überschreitung – Genehmigungsfiktion als ultima ratio
- Einheitliche behördliche Ansprechpersonen (One-Stop-Shop) für komplexe Bauvorhaben
- Verstärkter Einsatz von Ziviltechnikern als externe Sachverständige zur Entlastung der Behörden und Beschleunigung der Verfahren
- Vollständige Digitalisierung der Bauverfahren mit klarer Transparenz über den Verfahrensstand
- Regelmäßige interne Schulungen und ausreichende Personalausstattung in der Baubehörde

## 7. Qualitätssicherung, Wettbewerbe und Planungsprozesse

Qualitätsvolle Stadtentwicklung entsteht durch geeignete Verfahren und eine frühzeitige, strukturierte Projektentwicklung. Instrumente wie städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, qualitätsorientierte Vergabeverfahren sowie eine vorgelagerte Planungsphase („Phase 0“) haben sich als zentrale Werkzeuge zur Sicherung hoher baukultureller Qualität bewährt. In der Praxis könnten diese Instrumente vermehrt eingesetzt werden, um Potenziale für qualitätsvolle Lösungen und nachhaltige Quartiersentwicklung besser zu nutzen.

**Frage 1: Werden Sie den Einsatz solcher Verfahren bei öffentlichen Bauvorhaben und größeren Quartiersentwicklungen verstärkt vorsehen? Wie wollen Sie sicherstellen, dass qualitätsorientierte Vergabeverfahren (z. B. Konzeptvergaben) gegenüber Preisentscheidungen gestärkt werden?**

### KPÖ

Ja. Sicherstellung über städtebauliche Verträge.

### ÖVP

Wir wollen qualitätsorientierte Verfahren bei öffentlichen Bauvorhaben und größeren Quartiersentwicklungen gezielt stärken. In Graz gibt es bereits funktionierende Ansätze, etwa im Schulbau, wo Architektur- und Realisierungswettbewerbe zu nachweislich besseren Ergebnissen führen als reine Preisvergaben.

Darauf bauen wir auf: Qualitätskriterien sollen bei Vergaben stärker gewichtet werden – insbesondere Nutzungskonzept, städtebauliche Einbindung, Nachhaltigkeit und langfristige Betriebskosten. Der Preis darf nicht das dominante Zuschlagskriterium sein.

Bei größeren Projekten setzen wir verstärkt auf konzeptbasierte Verfahren, die Projekte ganzheitlich betrachten – von der Nutzung über den öffentlichen Raum bis zur sozialen Durchmischung.

Transparente und nachvollziehbare Verfahren sind dabei zentral, um Akzeptanz zu sichern. Ziel ist eine Vergabepaxis, die langfristige Qualität gewährleistet und städtebaulich wie funktional überzeugt.

### Die GRÜNEN

Ja. Qualitätsvolle Stadtentwicklung braucht gute Verfahren. Wettbewerbe, Konzeptvergaben und qualitätsorientierte Vergaben sichern langfristig bessere Lösungen als reine Preisentscheidungen.

Gerade bei größeren Quartiersentwicklungen wollen wir diese Instrumente stärker nutzen, um städtebauliche Qualität, Architekturqualität, Energieeffizienz, Klimawandelanpassung, Freiraum und soziale Aspekte frühzeitig mitzudenken.

Bei Bauaufgaben der Stadt Graz sind Wettbewerbe ohnedies das Vergabeverfahren erster Wahl für Planungsaufträge.

## SPÖ

Es ist internationaler Standard, dass bei öffentlichen Bauvorhaben und größeren Quartiersentwicklungen die Praxis des Wettbewerbs (Architektur, Landschaftsplanung bis hin zu multidisziplinären Teams) die Qualität des Ergebnisses maßgeblich erhöht. Wettbewerbe müssen für die Teilnehmenden mit einem fairen Budget ausgestattet werden, um einerseits Anreize zu schaffen, an den Verfahren teilzunehmen und andererseits die Arbeit und Kompetenz der Planer\*innen zu würdigen. Je offener die Verfahren, desto diverser und qualitativ hochwertiger die Ergebnisse. Die Sicherung der Qualität erfolgt durch Fachwissen, die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen müssen im Vorfeld abgeklärt sein. Somit können Fachjürs die Qualität der städtischen Entwicklung auf Basis von fairen Wettbewerbsverfahren garantieren.

## KFG

Bauqualität und Architektur müssen vor Billigpreis gehen. Wir wollen verbindliche Vergabekriterien, bei denen Nachhaltigkeit, soziale Qualität und Baukultur fix gewichtet werden, sodass sich transparent das beste Projekt durchsetzt.

## NEOS

Für uns NEOS steht es außer Streit, dass die Stadt Graz sowohl bei einzelnen Bauvorhaben als auch in der gesamten Stadtentwicklung auf qualitativ hochwertige Prozesse und Ergebnisse achten muss. Stadtentwicklung prägt unsere Stadt oft über Generationen hinweg und darf daher nicht nur nach dem billigsten Angebot beurteilt werden.

Deshalb unterstützen wir qualitätsorientierte Verfahren wie Konzeptvergaben ausdrücklich. Gleichzeitig muss angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Stadt natürlich auch auf Wirtschaftlichkeit geachtet werden. Entscheidend ist am Ende ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Qualität, Kosten und langfristigem Nutzen für Graz.

Gerade bei großen Projekten muss klar sein, warum bestimmte Lösungen gewählt werden und welche Auswirkungen sie langfristig auf Stadtbild, Lebensqualität und Finanzen haben.

## FPÖ

Die FPÖ Graz bekennt sich zu qualitätsvollen öffentlichen Bauvorhaben. Städtebauliche und architektonische Wettbewerbe sowie qualitätsorientierte Vergabeverfahren sind geeignete Instrumente, um hochwertige Ergebnisse zu erzielen und das Stadtbild zu verbessern.

- Verpflichtende Ausschreibung von Wettbewerben bei größeren öffentlichen Bauvorhaben und Quartiersentwicklungen
- Stärkung von Konzeptvergaben gegenüber reinen Preisentscheidungen: Qualitätskriterien (Baukultur, Nutzungsmischung, Leistbarkeit) müssen einen wesentlichen Anteil an der Bewertung ausmachen
- Transparente Vergabeverfahren

**Frage 2: Welche Maßnahmen planen Sie, um die „Phase 0“ als festen Bestandteil von Planungsprozessen zu etablieren – und welche Rolle spielt die Einbindung der betroffenen Bevölkerung bei den Projekten?**

KPÖ

Zunehmende Anzahl von Rahmenplänen, um Gebiete gezielt entwickeln zu können. Bürger:innenbeteiligung spielt darin eine sehr große Rolle.

ÖVP

Die „Phase 0“ ist ein anerkanntes Instrument in der Planung, bei dem noch vor der eigentlichen Projektentwicklung Bedarf, Nutzung und Rahmenbedingungen gemeinsam erarbeitet werden. Gerade bei größeren städtebaulichen Projekten hat sich dieser Ansatz als sinnvoll erwiesen, weil er hilft, Fehlplanungen zu vermeiden und die Qualität von Beginn an zu sichern.

Für Graz gilt: Eine einheitliche, standardisierte Anwendung gibt es derzeit nicht, vielmehr werden einzelne Elemente projektbezogen eingesetzt. Aus unserer Sicht ist es daher sinnvoll, die Phase 0 künftig stärker und strukturierter zu verankern – insbesondere bei größeren Vorhaben.

Ein zentraler Bestandteil ist dabei der Dialog mit der Bevölkerung. Gute Planung entsteht nicht im Elfenbeinturm, sondern im Austausch mit den Menschen vor Ort. Bürgerbeteiligung ist daher wesentlich, um Projekte praxistauglich zu gestalten und die Akzeptanz zu erhöhen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass diese Form der frühzeitigen Einbindung zuletzt nicht konsequent genug genutzt wurde. Hier braucht es in Zukunft einen klaren Fokus, um Beteiligung verbindlicher und wirksamer zu machen.

Die GRÜNEN

Die „Phase 0“ ist entscheidend, weil dort die Grundlagen für erfolgreiche Projekte gelegt werden. Je früher Bedürfnisse, Nutzungskonflikte und Rahmenbedingungen geklärt werden, desto besser funktionieren Projekte später.

Deshalb haben wir begonnen, pilothaft bei einigen Projekten Bürger:innenbeteiligung wesentlich früher als bisher üblich einzusetzen. zB Rahmenplan Rösselmühle, Stadtteilleitbilder, Bebauungspläne in St. Leonhard und Gries.

Grundsätzlich starten wir Beteiligungsprozesse so frühzeitig wie möglich und stärken die Einbindung von Bevölkerung, Expert:innen und Stakeholdern. Gute Beteiligung verbessert Projekte und erhöht die Akzeptanz.

SPÖ

Bei öffentlichen Planungsprozessen ist die Phase 0 genauso Teil des Projekts, wie alle anderen Phasen. Es muss eine Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung und bei allen Projektbeteiligten erfolgen, um den Erfolg der Phase 0 zu garantieren.

Dies erfolgt im Vorfeld von geplanten Prozessen – bevor die Phase 0 startet – durch anerkannte Expert\*innen, die sich für diese Aufgabenstellung bewerben. Dieses Instrument kann auch als „Start-Up“-Möglichkeit für junge Ziviltechniker\*innen dienen, wobei sie in diesem Prozess mit einem erfahrenen Team aus Moderator\*innen und Berater\*innen zusammenarbeiten.

Nach der Bewusstseinsbildung für die Phase 0 startet das Projekt unter Einbindung der Bevölkerung – wiederum betreut durch ein multidisziplinäres Team – und schafft in der Phase 0 die Bedingungen und Übereinkünfte für die weiteren Schritte und Planungsvorhaben.

### KFG

Bevor Geld fließt oder Verträge unterschrieben werden, müssen die Grundlagen und Ziele des Projekts unabhängig und transparent definiert sein. Die betroffene Bevölkerung spielt eine zentrale Hauptrolle. Bürgerbeteiligung darf kein Alibi-Akt nach fertiger Planung sein, sondern muss direkt in der „Phase 0“ ansetzen. Nur durch frühzeitige, ehrliche Einbindung und Mitbestimmung der Grazer verhindern wir Fehlplanungen und schaffen echte Akzeptanz.

### NEOS

Wir sind überzeugt davon, dass gerade die Menschen in den Grätzeln selbst am besten wissen, was zB ihr Viertel braucht. Deshalb muss Bürger:innenbeteiligung viel früher beginnen und darf nicht erst stattfinden, wenn Projekte praktisch schon beschlossen sind. Das kann mit Maßnahmen wie zB der Entwicklung von bezirksspezifischen Leitbildern und einer stärkeren Einbindung der Bevölkerung bei der Entwicklung ihrer Stadtteile beginnen.

Wichtig ist uns aber auch, Bürger:innen stärker in grundsätzliche Fragen der Stadtentwicklung einzubeziehen – etwa wenn es um die künftige Nutzung großer Flächen oder neue Bebauungsstandards geht. Warum in Graz bis heute z. B. einstöckige Supermärkte entstehen, obwohl darüber leistbare Startwohnungen Platz hätten, ist für uns nicht nachvollziehbar. Frage wie diese eignen sich perfekt, um sie wie in oben genannten interdisziplinären Stadtentwicklungsdialogen zu debattieren und Lösungen zu finden.

### FPÖ

Die vorgelagerte Planungsphase ('Phase 0') ist ein bewährtes Instrument zur Qualitätssicherung und zur frühzeitigen Identifikation von Konflikten. Die FPÖ Graz unterstützt ihre Etablierung als Standard bei größeren städtischen Projekten.

- Verbindliche Einführung der Phase 0 bei allen städtischen Projekten ab einer definierten Größenordnung
- Frühzeitige und verbindliche Einbindung der betroffenen Bevölkerung und der Anrainer – nicht als nachträgliche Information, sondern als echte Mitgestaltungsmöglichkeit
- Einbeziehung von Ziviltechniker in frühe Projektstadien zur Sicherung fachlicher Qualität

## 8. Rolle der Ziviltechniker:innen

Ziviltechniker:innen sind staatlich befugte und beeidete, unabhängige Expert:innen in Planung und Umsetzung. Sie arbeiten hoheitlich und erstellen Urkunden mit behördlichem Status. Mit ihrer fachlichen Breite – Architektur sowie die verschiedenen Gebiete des Zivilingenieurwesens – verfügen sie über umfassende Expertise für die Entwicklung einer lebenswerten und nachhaltigen Stadt. Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass diese Expertise in strategischen Planungsprozessen – etwa bei der Erarbeitung von Entwicklungskonzepten oder Verordnungen – oft nicht oder erst in späteren Phasen, wenn wesentliche Weichen bereits gestellt sind, eingebunden wird. Dadurch bleibt wertvolle Praxiserfahrung ungenutzt und Qualität und Umsetzbarkeit können beeinträchtigt werden.

### **Frage 1: Welche konkrete Rolle sollen Ziviltechniker:innen künftig verbindlich in strategischen Stadtentwicklungsprozessen der Stadt Graz einnehmen?**

#### KPÖ

Schiedsgericht der Expert:innen.

#### ÖVP

Ziviltechniker:innen sollen künftig gezielt als externe Expertinnen und Experten eingebunden werden – als Ergänzung zur Verwaltung, nicht als zusätzliche Bürokratie.

Ihre Expertise sollte bereits in frühen Phasen strategischer Planungen stärker genutzt werden – etwa bei Stadtentwicklungsstrategien oder großen Quartiersprojekten.

Konkret bedeutet das: Bei größeren Projekten werden sie frühzeitig beigezogen, um fachliche Grundlagen zu erarbeiten, Konzepte zu prüfen und Qualität abzusichern. Ihre Erfahrung aus Planung und Umsetzung hilft, Fehler zu vermeiden, Abläufe zu beschleunigen und Projekte insgesamt besser aufzustellen.

Wichtig ist dabei die klare Rollenverteilung: Ziviltechniker:innen beraten und unterstützen. Richtig eingesetzt sind sie damit eine Entlastung und Qualitätsverbesserung zugleich.

#### Die GRÜNEN

Ziviltechniker:innen verfügen über hohe fachliche Expertise, Praxiserfahrung und Zuverlässigkeit. Diese Kompetenz sollte frühzeitig und strukturiert in strategische Planungsprozesse eingebunden werden. Die diesbezüglichen Erfahrungen der Stadt Graz sind gut.

Gerade bei Fragen der Stadtentwicklung, Mobilität, Freiraumplanung und Klimaanpassung braucht es interdisziplinäre Zusammenarbeit. Der Großteil der öffentlichen Planungsausschreibungen richtet sich an Ziviltechniker:innen.

#### SPÖ

Ziviltechniker\*innen sollen, ihrem jeweiligen Fachgebiet entsprechend, federführend bei Stadtentwicklungsprozessen eingebunden sein. Die Bündelung von Kompetenz und Ressourcen bei gleichzeitiger Teilung von Arbeitsgebieten ist ein sehr hoch einzuschätzender Faktor, den Ziviltechniker\*innen durch ihre jeweiligen Kompetenzen zu den Prozessen besteuern können und sollen.

## KFG

Ihre Expertise in Architektur und Ingenieurwesen soll in der Phase der Konzeption als objektive und korruptionsresistente Fachinstanz genutzt werden, um eine nachhaltige, lebenswerte Stadtentwicklung ohne Freunderlwirtschaft zu garantieren.

## NEOS

Ziviltechniker:innen sollen für die Politik verlässliche und unabhängige Partner:innen sein, die strategische Stadtentwicklungsprozesse fachlich begleiten und ihre Expertise frühzeitig einbringen. Ähnlich wie beim früheren Stadtrechnungshof – dem jetzigen Kontrollamt – braucht es aus unserer Sicht einen starken unparteilichen Beratungsauftrag an die Vertretung der Ziviltechniker:innen (Kammer), der langfristige Qualität und fachliche Perspektiven absichert und an die sich die Politik mit Fragen wenden kann.

Darüber hinaus sollten Stellungnahmen zu konkreten Projekten und grundsätzlichen Entwicklungen stärker in politische Entscheidungen einfließen und auch öffentlich diskutiert werden. Gerade bei der Raumordnungs- und Baugesetznovelle des Landes hat man gesehen, wie problematisch es ist, wenn fachliche Kritik und Vorschläge der Ziviltechniker:innen einfach ignoriert werden. Genau das darf sich in Graz nicht wiederholen – unabhängig davon, wer politisch Verantwortung trägt.

## FPÖ

Ziviltechniker als staatlich befugte und beeedete Experten verfügen über eine Fachkompetenz, die in strategischen Stadtentwicklungsprozessen bislang zu wenig systematisch genutzt wird. Die FPÖ Graz tritt dafür ein:

- Verbindliche Einbindung von Ziviltechnikern in die Erarbeitung von Entwicklungskonzepten und Verordnungen – nicht erst in späteren Planungsphasen, wenn wesentliche Weichen bereits gestellt sind
- Institutionalisierte Beteiligungsformate (z. B. im Rahmen eines Stadtentwicklungsdialogforums) für die Kammer der Ziviltechniker
- Nutzung der Praxiserfahrung der Ziviltechniker bei der Entwicklung und Evaluierung von Bauvorschriften und Planungsstandards

***Frage 2: Wie bewerten Sie den verstärkten Einsatz von Ziviltechniker:innen als externe Sachverständige, um Verfahren zu beschleunigen und Behörden zu entlasten?***

## KPÖ

Positiv.

## ÖVP

Der verstärkte Einsatz von Ziviltechniker:innen als externe Sachverständige kann einen wichtigen Beitrag leisten, um Verfahren zu beschleunigen und Prozesse zu vereinfachen. Gerade in Bereichen mit hoher Auslastung bietet sich hier eine sinnvolle Unterstützung der Behörden an, um Abläufe effizienter zu gestalten und Projekte rascher voranzubringen.

Entscheidend ist dabei, dass klare Zuständigkeiten bestehen und die Qualität sowie Nachvollziehbarkeit der Gutachten sichergestellt sind. Externe Expertise soll die Behörden unterstützen, nicht ersetzen.

Insgesamt ist das ein praktikabler Ansatz, um Verfahren zu entlasten und gleichzeitig die fachliche Qualität hoch zu halten.

### Die GRÜNEN

Ein gezielter Einsatz externer Expertise ist sinnvoll, um Verfahren effizienter zu gestalten und zusätzliche Fachkompetenz einzubringen. In Bezug auf Bebauungspläne wurden mehrere Projekte bereits ausgelagert.

Wichtig ist dabei, klare Qualitätsstandards, Transparenz und eine gute Abstimmung mit den zuständigen Behörden sicherzustellen.

### SPÖ

Für die SPÖ Graz lassen sich Frage 1 und Frage 2 nur als ein großes Ganzes sehen und verstehen. Daher wurde die Antwort auf Frage 2 in die Antwort der Frage 1 integriert.

### KFG

Der Einsatz ist absolut sinnvoll, um den massiven Behördenstau abzubauen und Verfahren effizienter und transparenter zu gestalten. Als staatlich befugte und beeidete Experten bringen sie die nötige Objektivität mit. Wichtig ist dabei eine strikte und transparente Vergabe der Aufträge, um Befangenheiten oder eine Bevorzugung bestimmter Büros konsequent auszuschließen.

### NEOS

Externe Expertise kann ein wichtiger Beitrag sein, um Verfahren zu beschleunigen, die Verwaltung zu entlasten und gleichzeitig die Qualität von Projekten zu sichern. Gerade wenn das Amt personell oder zeitlich an Grenzen stößt, befürworten wir die stärkere Einbindung externer Sachverständiger und Ziviltechniker:innen ausdrücklich.

Darüber hinaus können wir uns auch unabhängige externe Stadtplaner:innen vorstellen, die gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern langfristige Visionen für Graz entwickeln. Stadtplanung sollte nicht nur verwalten, sondern aktiv Zukunft gestalten.

Wichtig sind dabei aber klare Spielregeln, Transparenz und Kontrolle. Die vergangenen Diskussionen rund um die Bau- und Anlagenbehörde zeigen, wie wichtig nachvollziehbare Verfahren und Schutzmechanismen gegen Freunderlwirtschaft sind. Deshalb setzen wir uns auch für bessere Rahmenbedingungen für Whistleblower und mehr Transparenz innerhalb der Verwaltung ein.

### FPÖ

Die FPÖ Graz befürwortet den verstärkten Einsatz von Ziviltechnikern als externe Sachverständige ausdrücklich. Dies entspricht auch der Zielsetzung des steirischen Regierungsprogramms, das eine Deregulierungsoffensive und die Beschleunigung von Verfahren vorsieht.

- Erweiterung des Zuständigkeitsrahmens für Ziviltechniker als externe Sachverständige in Bauverfahren zur Entlastung der überlasteten Baubehörde
- Klare Regelungen für die Verbindlichkeit behördlicher Prüfungen durch beigezogene Ziviltechniker
- Wirtschaftlich faire Honorierungsmodelle, die den Einsatz externer Sachverständiger für alle Verfahrensbeteiligten attraktiv machen

## 9. Ihr Gesamtzielbild Graz 2030+

**Frage 1: Welche drei messbaren Veränderungen sollen in Graz bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode tatsächlich erreicht sein (z. B. Modal Split, Leerstandsquote, Versiegelungsgrad, leistbarer Wohnraum etc.)?**

### KPÖ

Mehr leistbarer Wohnraum.  
Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum erhöhen.  
Mehr Maßnahmen, um Hitzetage abzumildern.

### ÖVP

#### 1. Lösungen statt Ideologie im Verkehr

Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen zentrale Projekte unseres Verkehrskonzepts sichtbar umgesetzt sein: konkrete Fortschritte bei den Nahverkehrsknoten (insbesondere Webling und Don Bosco), ein deutlich erweitertes Park-&-Ride-Angebot sowie erste umgesetzte Straßenbahnprojekte. Ziel ist ein funktionierender Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr – messbar durch eine spürbare Entlastung stark belasteter Straßen und eine bessere Erreichbarkeit der Innenstadt.

#### 2. Entbürokratisierung und klare Rahmenbedingungen in der Stadtentwicklung

Ein neues Stadtentwicklungskonzept (STEK 5.0) und ein darauf abgestimmter Flächenwidmungsplan sollen beschlossen sein. Gleichzeitig müssen Bauverfahren deutlich schneller und planbarer werden – mit klaren Fristen, weniger Doppelgleisigkeiten und einer spürbaren Reduktion der Verfahrensdauer.

#### 3. Höhere Qualität im Bauen und Wohnen

Wir wollen eine klare Verbesserung der Bauqualität erreichen: durch stärkeren Altstadtschutz, mehr familiengerechte Wohnungen und eine aktive Leerstandsmobilisierung statt neuer Abgaben. Ziel ist ein ausgewogener Wohnungsmarkt mit ausreichend leistbarem Wohnraum und gleichzeitig höherer städtebaulicher Qualität.

### Die GRÜNEN

1. Deutlich mehr klimafreundliche Mobilität: Der Anteil von Öffis, Rad- und Fußverkehr soll weiter massiv steigen. Ziel bleibt der Weg Richtung 80 Prozent Umweltverbund bis 2040.

2. Mehr Lebensqualität und Klimawandelanpassung im öffentlichen Raum: Weitere tausende Bäume, zusätzliche Parks und mehr entsiegelte Flächen in allen Bezirken.

3. Leistbares und qualitätsvolles Wohnen: Mehr leistbare Wohnungen, bessere Daten über Leerstand und stärkere Steuerung gegen spekulativen Wohnbau.

Unser Zielbild ist eine Stadt, die wächst, ohne Lebensqualität zu verlieren: klimafreundlich, sozial gerecht, wirtschaftlich stark und mit hoher Aufenthaltsqualität in allen Bezirken.

### SPÖ

1. 1 Gesundheitszentrum pro Bezirk
2. Umgesetzte Leerstandsabgabe
3. Mehr Gemeindewohnungen

## KFG

Aus Sicht der Bürgerliste Korruptionsfreies Graz (KFG) steht die konsequente Transparenz, die Bekämpfung von Steuergeldverschwendung und das Wohl der Grazer Bürger im Mittelpunkt. Die Sanierung des Grazer Stadtbudgets hat oberste Priorität. Messbare Fehlinvestitionen und Prestigeprojekte zulasten der Steuerzahler werden gestoppt. Die Wirtschaft wird massiv gestärkt und auch die Unternehmen rechtzeitig aktiv eingebunden. Der Anteil an leistbarem, kommunalem Wohnraum wird durch Sanierung und zweckgebundenen Neubau erhöht. Graz 2030+ darf kein Ort für Freunderlwirtschaft sein. Erfolg misst sich daran, wie viel Geld am Ende beim Bürger bleibt und wie sauber die Politik arbeitet.

## NEOS

Erstens: Jedes Kind in Graz soll einen Platz in Kinderkrippe oder Kindergarten bekommen – ohne Wartelisten oder Absagen. Dafür braucht es endlich einen Rechtsanspruch.

Zweitens: Die Grazer Innenstadt soll als größtes Einkaufszentrum der Steiermark wieder deutlich mehr Frequenz und Aufenthaltsqualität gewinnen. Dafür braucht es endlich ein praktikables und funktionierendes Parkleitsystem.

Drittens: Wohngebiete sollen spürbar vom Durchzugsverkehr entlastet werden. Der Schleichverkehr gehört auf Hauptachsen und nicht direkt vor die Haustüren der Grazerinnen und Grazer. Dafür soll es ein generelles Fahrverbot auf Gemeindestraßen mit Ausnahme des Ziel- und Quellverkehrs geben.

## FPÖ

Die FPÖ Graz definiert folgende drei messbare Ziele für die Legislaturperiode bis 2031:

- **Leistbarkeit des öffentlichen Verkehrs:** Einführung eines günstigeren Einzelfahrttickets und Stopp aller Ticketpreiserhöhungen, um den ÖV für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv und leistbar zu halten – als Beitrag zu einem verbesserten Modal Split, der auf positiven Anreizen statt Restriktionen beruht.
- **Beschleunigung der Bauverfahren:** Messbare Reduktion der durchschnittlichen Verfahrensdauer für Baugenehmigungen um mindestens 30 % gegenüber dem Status quo – durch Deregulierung, Digitalisierung und den verstärkten Einsatz externer Sachverständiger.
- **Stärkung des leistbaren Wohnraums:** Erhöhung des Anteils an gemeinnützigen Wohneinheiten, die nach klaren Bedarfskriterien (Erstwohnsitz, Einkommensgrenzen) vergeben werden – mit Starterwohnungsprogramm für Jungfamilien und Sanierungsoffensive für bestehende Gemeindebauten.